

med.dent. magazin

... der Wegbegleiter
vom Studienanfänger
zum Praxisgründer

Aktuell

Das Online-Game zur Bundestagswahl - Kanzlerboxen Merkel versus Steinmeier

Im Internet wird der Wahl-Kampf jetzt wörtlich genommen: Beim Spiele-Portal Play.de stehen sich Angela Merkel und Frank Walter Steinmeier im Box-Ring gegenüber. Wahlweise tritt der Spieler als Merkel oder Steinmeier an und versucht seinen Favoriten ins Kanzleramt zu boxen. Der Kampf geht über 3 Runden (sofern er nicht bereits vorher durch KO entschieden wird).

Kanzlerboxen ist ein kultiges Spiel, welches schon allein durch Guido Westerwelles Auftritt als "Nummern-girl" im heissen Matrosenlook einen Besuch wert ist. Man findet das Spiel auf der Spiele-Plattform <http://www.play.de> oder direkt unter <http://kanzlerboxen.play.de>. Das Spiel ist kostenlos, es sind keine Downloads oder Registration erforderlich.

Quelle: <http://kanzlerboxen.play.de>

Inhalt

- Elektronische Gesundheitskarte
- SPD-Experten halten Kollektivvertrag für passé
- SPD-Pläne zum Patientenrechtegesetz sind unnötig und schaffen Misstrauenskultur
- Gedämpfte Stimmung bei Freiberuflern
- Kalte Progression - Ungerechtfertigter Zugriff des Fiskus
- Zahnersatzplanung für lau
- Wahlkampf lässt Themen aus
- Karies: Vorbeugen ist besser als Bohren
- GOZilla im Wartezimmer
- Bei Zahnersatz sind Zusatzkosten wegen Allergie grundsätzlich selbst zu tragen
- Robert-Koch-Institut
- Dentaltourismus bleibt Randerscheinung
- Gold und Geld für große Hilfe
- Angst vorm Zahnarzt
- Schönheitschirurg ist kein Zahnarzt
- Zahnärzte können von der Zahnärztekammer kein Einschreiten gegen Kollegen verlangen
- Zahnarzt-Homepage in die Deutsche Nationalbibliothek?
- Bachelor kann kein Zahnarzt sein
- Positionspapier zum Bologna-Prozess
- Zahnpflege-Lernfiguren
- Steuern sparen für Mitarbeiterinnen
- Kinder, Kilos, Karies
- Walnüsse und Fisch schützen vor Herzkrankheiten
- Mit Tarnkappe durchs Web dank Anonymouse.org
- Kleinbetriebe: Stabile Arbeitsplätze
- Gutverdiener stemmen soziale Sicherung
- Wegweiser Weimar
- Frontzahn-Restaurations
- IMPRESSUM

Elektronische Gesundheitskarte

Kosten steigen um Milliarden

Nach Aussage von Franz-Joseph Bartmann, Vorsitzender des Ausschusses Telematik der Bundesärztekammer, wird die elektronische Gesundheitskarte (eGK) voraussichtlich weit teurer als geplant.

Das Gesamtprojekt werde inklusive der dahintersteckenden Technik einen hohen einstelligen Milliardenbetrag kosten. "Die Karte selbst dürfte für einen dreistelligen Millionenbetrag zu haben sein", sagte Bartmann. Er ist im Vorstand der Bundesärztekammer für die eGK zuständig. 2004 hatte das BMG die Kosten für die eGK auf rund eine Milliarde Euro beziffert.

Ein Sprecher der Betreibergesellschaft gematik sagte, für den ungünstigsten Fall seien Kosten von 14,1 Milliarden Euro veranschlagt worden. Allerdings könne die Karte durch schlankere Abläufe längerfristig auch 14,3 Milliarden Euro einsparen. Die gematik geht von Investitionskosten für Karte und erste Online-Anwendungen von bis zu 1,6 Milliarden Euro aus. 2010 sollen laut gematik schrittweise möglichst alle rund 70 Millionen Versicherten in Deutschland die neue, mit Foto ausgestattete Karte bekommen.

Quelle: <http://www.zm-online.de>

SPD-Experten halten Kollektivvertrag für passé

In dem Diskussionspapier der Stiftung "Zukunft des Gesundheitssystems" werden Eckpfeiler für die künftige SPD-Gesundheitspolitik benannt. Danach sind "wettbewerbliche Steuerungsansätze besser als Kollektivverträge geeignet, innovative Versorgungsformen zu implementieren". Zu den insgesamt zehn Autoren gehören der frühere Barmer-Vorstandschef Eckart Fiedler, Baden-Württembergs AOK-Vize Dr. Christopher Hermann und Franz Knieps, Abteilungsleiter für Krankenversicherung im Bundesgesundheitsministerium.

Der Träger der Kollektivverträge, die Kassenärztliche Vereinigung, taucht als Begriff in dem Papier nicht auf. Vielmehr sollten die Bundesländer prüfen, ob die Versorgung - etwa in dünn besiedelten Regionen - sichergestellt ist, um dann bei Bedarf Versorgungsverträge auszuschreiben.

Eine klare Absage erteilen die Autoren Forderungen, den Leistungskatalog auf einen "Grundleistungskatalog" zu senken. Das sei "unseriös". Die FDP beispielsweise fordert in ihrem Wahlprogramm eine Pflichtversicherung nur im Umfang einer so genannten "Grundversorgung".

Das Diskussionspapier will auch Anregungen dafür geben, wie Gesundheitspolitik auf die wachsende Alterung der Bevölkerung reagieren soll. Für die Experten sind "Allgemeinarztpraxen die wichtigsten Orte der Primärversorgung Älterer". Dabei halten die Autoren multiprofessionelle Teams zur Versorgung älterer Patienten für erforderlich. Hingegen erklären sie die "Einzelkämpfer-Praxis" kurzerhand für "überholt".

Ratlos zeigen sich die Experten beim Thema Hausarztmangel: "Die Zahl praktizierender Hausärzte ist zu erhöhen", heißt es bündig - sie belassen es bei dem Hinweis, dafür seien "Weiterbildungs- und spezielle Niederlassungsanreize" nötig.

Quelle: Die Studie im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06531.pdf>

SPD-Pläne zum Patientenrechtegesetz sind unnötig und schaffen Misstrauenskultur

Die Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel, MdB, hat die von einer Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion beschlossenen Eckpunkte eines Patientenrechtegesetzes vorgestellt. Die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) setzt sich in diesem Zusammenhang nachdrücklich für ein Gesundheitssystem ein, dass die Rechte und Selbstbestimmung des Patienten und die freie Berufsausübung in Eigenverantwortlichkeit und Unabhängigkeit des Zahnarztes gewährleistet. Sie unterstützt daher eine offene Kultur der Patientensicherheit, in der Zahnärzte aus eigenen und fremden Erfahrungen lernen können.

Die BZÄK unterstützt die Erhöhung der gesundheitlichen Kompetenz der Patienten und die Stärkung der Patientensouveränität durch ein System transparenter Patientenberatung. Patienten sollen befähigt werden, ihre Rolle als mündiger Patient wahrzunehmen. Hierzu gehören u. a. qualitätsgesicherte, unabhängige und laienverständliche Gesundheitsinformationen. Die BZÄK setzt dabei auf die Erfahrung, dass ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Zahnarzt und Patient am ehesten geeignet ist, den Patientenrechten den ihnen gebührenden Stellenwert zu verschaffen. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen die hohe Bedeutung und Praxisrelevanz der partizipativen Entscheidungsfindung in der zahnärztlichen Praxis. Die BZÄK weist darauf hin, dass der von der Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion eingeschlagene Weg dieses partnerschaftliche, auf Vertrauen basierende Verhältnis in Frage stellt. Die Pläne führen notwendig zu einer Misstrauenskultur, die eine Patientenbeteiligung gefährdet.

Auch der Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion scheint dieses Misstrauen nicht fremd. Ein Blick in die Liste der einbezogenen Experten offenbart, dass es versäumt wurde die Expertise der Ärzte und Zahnärzte einzuholen. Eine ausgewogene Gesamtschau ist nicht möglich, wenn der Rat eines direkt Beteiligten für verzichtbar gehalten wird. "Wir fordern somit ein, dass die Ärzte- und Zahnärzteschaft in den Diskussionsprozess einbezogen wird, um der selektiven Wahrnehmung ein realistisches Bild gegenüberzustellen," so Dr. Dietmar Oesterreich, Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer.

Bevor der Ruf nach neuen Gesetzen erhoben wird, sollten sich die an den Plänen Beteiligten die Frage stellen, ob es tatsächlich zwingend erforderlich ist, in ein funktionierendes, fein abgestimmtes System steuernd einzugreifen. Eine Antwort hierauf bieten die beschlossenen Eckpunkte nicht. Auch lässt der Entwurf jede Reflektion über die Folgen der beschlossenen Forderungen vermissen. Statt dessen wird die nicht belegte Behauptung in den Raum gestellt, Patienten hätten es schwer, ihre Rechte durchzusetzen. Wenn dies im Einzelfall geschieht, dann muss geholfen werden - auch mit Unterstützung der Zahnärzteschaft. Aus einzelnen Problemen den allgemeinen Schluss zu ziehen, das System sei ungeeignet, ist jedoch nicht zulässig.

Quelle: BZÄK-Klartext - <http://www.bzaek.de/service/oav10/tliste.asp?kat=93>

Gedämpfte Stimmung bei Freiberuflern

Die aktuelle BFB-Stimmungsumfrage kommentiert BFB-Präsident Dr. Ulrich Oesingamn

„Die Stimmung bei den Freien Berufen hat sich zwar nicht so stark eingetrübt wie die Werte aus der Winterumfrage hätten erwarten lassen. Indes hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Lage eindeutig verschlechtert. Wurde im Sommer 2008 ein Wert von 3,28 erreicht, betrug dieser zum Jahreswechsel 3,78 und liegt nunmehr bei 3,6.

Innerhalb der vier Säulen gibt es deutliche Verschiebungen: Während sich die Bewertung in der Säule der rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufe von 2,8 auf 3,6 deutlich verschlechtert hat, hat sich die Lageeinschätzung der Heilberufler von 4,2 im Winter auf nunmehr 3,8, in der Säule der technisch-naturwissenschaftlichen Berufe von 4,1 zum Jahreswechsel auf nunmehr 3,6 und bei den Kulturberufen von 3,5 auf 3,0 verbessert. Alles in allem schlägt die Wirtschafts- und Finanzkrise auch bei den Freien Berufen durch. Es sind gerade kleinere Freiberuflerbüros vor allem im Architektur- und Ingenieurbereich, aber mit Voranschreiten der Krise auch im steuer-, rechts- und wirtschaftsberatenden Bereich vereinzelt sehr stark betroffen. Im letzteren Fall, weil weniger Mandate zu vergeben sind, bzw. die aufgrund der Krise erhöhte Nachfrage nach kompetenter Beratung aufgrund fehlender Liquidität der Mandanten häufig ausbleibt. Die noch immer relativ negative Bewertung ihrer wirtschaftlichen Situation der Heilberufe hängt indes weniger mit der Wirtschaftskrise als mit der allgemeinen Unzufriedenheit über die Gesundheitspolitik zusammen. Hier aber steht eine große Druckwelle bevor, wenn die Arbeitslosigkeit wie erwartet ansteigt und damit wegen der Kopplung an den Lohn auch die Einnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung zurückgehen.

Mit Blick auf das laufende Jahr erwartet das Gros der Freiberufler, dass das Umsatz- und Geschäftsergebnis in etwa gleichbleibt oder etwas niedriger ausfällt. Insofern zeichnet sich laut Umfrage auch kein massiver Beschäftigungsabbau ab. Indes ist hier bereits ein gewisser Pessimismus zu spüren und so lautet der über alle vier Säulen der Freien Berufe zusammengefasste Trend, dass die Beschäftigung in diesem Jahr tendenziell gehalten oder sogar leicht abnehmen wird.

Insofern müssen besser gestern als heute die Maßnahmen der Konjunkturpakete auch endlich angesprochen werden. Vielerorts entsteht ein Nadelöhr, weil in den Ämtern, die die Aufträge bewilligen müssen, aufgrund begrenzter Kapazitäten die einzelnen Projekte nicht so schnell anlaufen können wie es von Nöten wäre. Dieser Stau ist gefährlich, weil die Konjunkturpakete so nicht ihre volle positive Wirkung entfalten können. Hier bieten die Freien technisch-naturwissenschaftlichen Berufe wie etwa Ingenieure nochmals ihre Unterstützung auch im administrativen Bereich an, damit die Genehmigungen zeitnah erteilt werden können. In der Krise gilt es keine Zeit zu versäumen. Daneben rechnen die Freien Berufe mit einer speziellen Entwicklung: Die Freien Berufe sind seit Jahren ein Wachstumssektor, weil der Dienstleistungssektor strukturell weiter an Bedeutung gewinnt und immer neue Berufsbilder dazukommen. Es gibt im überschaubaren Ausmaß das Phänomen der Notselbstständigkeit als Ventil für den Arbeitsmarkt.

Angesichts der aktuellen Krise zeichnet sich noch kein verstärkter Trend hin zu freiberuflichen Existenzgründungen ab, weil die Menschen ihre derzeit noch sichere Anstellung nicht aufgeben wollen. Wir rechnen zum Herbst mit einer verschärften Lage. Wie stark die Zunahme auch der freiberuflichen Selbstständigen sein wird, hängt von der Wucht ab, mit der der Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten erschüttert wird und wie viele arbeitsmarktpolitische Instrumente ihre Pufferwirkung verlieren. Wenn Aufträge ausbleiben, werden sich immer mehr Betriebe von ihren Mitarbeitern trennen. Dies kann zu einer Zunahme freiberuflicher Existenzgründungen führen.“

Der BFB als Spitzenorganisation der freiberuflichen Kammern und Verbände vertritt rund eine Million selbstständige Freiberufler. Diese beschäftigen über 2,9 Millionen Mitarbeiter - darunter ca. 124 Tausend Auszubildende. Gemeinsam mit ihren Mitarbeitern erarbeiten Freiberufler rund 10,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und erwirtschaften so jeden zehnten Euro.

Quelle: <http://www.freie-berufe.de>

Kalte Progression

Ungerechtfertigter Zugriff des Fiskus

Die Diskussion um den zukünftigen Kurs in der Steuerpolitik ist im Wahlkampf bereits voll entbrannt. Das Spektrum reicht von massiven Steuererhöhungen bis hin zu großzügigen Steuersenkungen.

Die Vorschläge der linken Parteien, die Steuerbelastung für „Reiche“ zu erhöhen, bringen allerdings wenig fiskalischen Nutzen und nähren allenfalls den Neidkomplex. Höhere Steuern und Abgaben sind in der aktuellen Krise ökonomisch schon deshalb kontraproduktiv, weil sie als fiskalischer Hemmschuh den konjunkturellen Erholungsprozess hinauszögern und damit den Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung verbauen. Geboten wäre eher eine schnell wirkende, wie auch durchgreifende Entlastung der Wirtschaft und der Bürger. Jedoch muss man realistischerweise mit Blick auf die großen Haushaltslöcher und rapide ansteigenden Staatsschulden auch hier die Kirche im Dorf lassen. Groß angelegte Steuersenkungsprogramme – so sinnvoll sie konjunkturpolitisch auch wären – sind gegenwärtig wohl nicht durchsetzbar.

Reformbedürftig ist aber auf jeden Fall die Einkommensbesteuerung – beispielsweise die sogenannte kalte Progression. Sie ist eine Steuer Mehrbelastung, die dann eintritt, wenn die Lohnerhöhungen prozentual lediglich so hoch ausfallen wie die Inflationsrate – durch den progressiven Einkommenssteuertarif sind jedoch für jeden Euro, der über dem Grundfreibetrag liegt, mehr Steuern fällig. Der Arbeitnehmer hat somit real weniger in der Tasche. Gäbe es diese ungerechtfertigte Steuerlast nicht mehr, würde die Spanne zwischen Brutto- und Nettolohn kleiner, die Kaufkraft der Arbeitnehmer gestärkt und das Steuerrecht systematischer ausgerichtet. Genau genommen wäre diese Abschaffung keine Steuersenkung, sondern nur das Ende einer ungerechtfertigten Steuererhöhung.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat ausgerechnet, dass auf Datenbasis der jüngsten amtlichen Steuerschätzung die Steuerzahler auf diese Weise bereits in diesem Jahr um rund 1 Milliarde Euro entlastet werden könnten – mit steigender Tendenz bis zum Jahre 2013. Bis dahin würde die Steuerbürde der Lohn- und Einkommenssteuerzahler insgesamt immerhin um 18,4 Milliarden Euro geringer ausfallen.

Quelle: IW - <http://www.iwkoeln.de/>

Zahnersatzplanung für lau

Ein Liter Benzin, KFZ-Steuern, TÜV und AU - ein passionierter Autofahrer kennt vermutlich die wichtigsten Preise für sein Fahrzeug. Andere Kosten des täglichen Lebens hat er dafür nur ungenau oder gar nicht im Kopf. Diese Unkenntnis wird häufig durch politische Propaganda ersetzt. Hierzu gehört auch die Behauptung vieler Politiker, Ärzte und Zahnärzte bekämen zu hohe Honorare.

Das neue Plakat des FVDZ im Countdown gegen Gesundheitsministerin Ulla Schmidt bringt mehr Licht ins Dickicht des gesetzlichen Honorarsystems. Viele Kassenpatienten meinen, ein Zahnarzt kassiere überhöhte Honorare von den Krankenkassen. Gänzlich unbekannt ist jedoch, was die Kassen den Zahnärzten beispielsweise für eine Zahnersatzplanung zugestehen. Diese planerische Leistung muss nach den gesetzlichen Bestimmungen des Sozialgesetzbuches 5 umsonst erbracht werden. Dabei spielt es keine Rolle, wie umfangreich oder kompliziert die Situation bei dem betreffenden Kassenpatienten ist oder wie zeitaufwendig Befunderhebung und Therapieplanung sind. Die Beratung des Patienten schließlich wird – unabhängig von ihrer Dauer - mit 7,14 € „honoriert“.

Als besonderen Hohn müssen es Zahnärzte deshalb auch empfinden, wenn Krankenkassen ihre Versicherten zur Einholung einer „Zweitmeinung“ für eine prothetische Planung bei einem anderen Zahnarzt drängen – in der Regel, um eine billigere Zahnersatzplanung zu erreichen. Gleichwohl kommen sie dem Wunsch der Patienten nach. Schließlich gehen die Zahnärzte davon aus, dass die Patienten nicht wissen, dass die gesetzlichen Krankenkassen für diese zahnärztliche Leistung nichts zahlen. Um hier die notwendige Transparenz einkehren zu lassen, braucht Deutschland eine neue Politik. Das geht jedoch nur ohne Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD).

Nutzen Sie Ihre Chance. Am 27. September ist Bundestagswahl. Die Kampagne „Countdown für Ulla Schmidt“ läuft auf Großplakaten und in den Wartezimmern von Ärzten und Zahnärzten. Über die Internetseite <http://www.fvdz.de> können Interessierte acht aktuelle Motive bis zur Bundestagswahl im DIN A2-Format für eine Schutzgebühr von 14 Euro bestellen. Auf diese Weise kann jeder Mediziner, der den Regierungswechsel will, im zehntägigen Rhythmus seinen Patienten eine Entscheidungshilfe geben.

Der **Freie Verband Deutscher Zahnärzte** ist mit rund 19 000 Mitgliedern der größte unabhängige Berufsverband in Deutschland. Anders als die zahnärztlichen Körperschaften (Kammern und Kassenzahnärztliche Vereinigungen) unterliegt der Freie Verband keinerlei staatlicher Aufsicht und Kontrolle. Er handelt politisch frei und unabhängig. Seine Aufgabe sieht er darin, alternative Handlungsoptionen für Zahnärzte für ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen zu entwickeln. Er engagiert sich für zahnärztliche Therapiefreiheit, Offenheit moderner zahnärztlicher Methoden für alle Patienten, Prophylaxeförderung, mehr Eigenverantwortung für Patienten und Zahnärzte sowie eine solide Finanzierung der Zahnheilkunde.

Quelle: <http://www.fvdz.de>

Wahlkampf lässt Themen aus

Beispiel Gesundheitswesen

Die Bürgerinitiative Gesundheit DGVP e.V. fordert die politischen Mandatsträger aller Parteien Deutschlands auf das Thema „gegenwärtige und zukünftige Strukturen im Gesundheitswesen“ im Wahlkampf darzulegen. Anscheinend versuchen die Parteien dieses für alle Bevölkerungsschichten und die Volkswirtschaft wichtige Thema bisher im Wahlkampf tot zu schweigen. Als Beitragszahler und als Nutzer des Gesundheitswesens sollte der Bürger aber eingehend über die Vorschläge und Lösungsansätze der einzelnen Partei informiert werden.

Die Politiker sollten der Bevölkerung deutlich machen, dass es eine Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben schon jetzt gibt und diese in der nahen Zukunft noch viel größer wird. Die technologische Entwicklung, die stetig steigende Anzahl von Chronikern und mehrfacherkrankten Patienten sowie die demografische Entwicklung verlangen nach einer konsequenten Gesundheitspolitik. Die Wähler erwarten, dass die Parteien und ihre Mandatsträger dazu klar definierte Lösungen anbieten und sich auch ehrlich äußern zu den Themen Rationierungen, Priorisierungen, Prioritätensetzung und Finanzierung. Wir fordern deshalb eindeutige Aussagen der einzelnen Partei und ihrer Kandidaten zu nachfolgenden Themen:

1. Wie soll die wohnortnahe Versorgung bewahrt bleiben?
2. Bleibt der Gesundheitsfonds mit der politischen Steuerung der Beitragssätze erhalten?
3. Wie soll die Zukunft der Funktionen der Gesetzlichen und der Privaten Krankenkassen aussehen?
4. Wie soll die Therapiefreiheit des Mediziners wieder hergestellt werden?
5. Wie können lange Wartezeiten für die Patienten abgebaut werden?
6. Wie soll der Konflikt zwischen kollektiv- und selektivvertraglicher Versorgungsstruktur beseitigt werden?
7. Soll das Gesundheitswesen solidarisch finanziert werden und funktionieren?
8. Wie können die Schnittstellen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung zur optimierten Versorgung der Patienten und zur angemessenen Vergütung der Behandler und Institutionen verbessert werden?
9. Wie soll die implizite und verdeckte Rationierung von Leistungen und Vergütungen beendet werden?
10. Wie soll das Missverhältnis zwischen der steigenden Anforderung von Leistungen mit reduzierten finanziellen Ressourcen gelöst werden?

Die Beantwortung und Erörterung dieser Fragen ist für jeden in unserer Gesellschaft und zwar egal ob jung oder alt, ob konservativ oder liberal bzw. sozial oder sozialistisch, von großer Wichtigkeit. Handlungsbedarf besteht jetzt und darf nicht erneut, wie in den letzten 30 Jahren, durch ein Flickwerk von Gesetzen und Verordnungen enden. Auch bei den anstehenden Landtagswahlen muss Gesundheitspolitik eine Rolle spielen, denn die Länder entscheiden kompetent mit.

Wir Bürger müssen zusammen mit den Institutionen der Behandlung diese Fragen an die Politik stellen und Antworten fordern. Denn scheinbar wollen die Parteien und Kandidaten wegen der Komplexität in der Sache und aus Angst vor Verlust von Wählerstimmen dieses nicht freiwillig tun.

Quelle: <http://www.dgvp.de>

apoBank

Bilanzgewinn von 7,6 Mio. Euro im 1. Halb jahr 2009

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank (apoBank) hat ihren Halbjahresfinanzbericht 2009 veröffentlicht. Im operativen Kerngeschäft ist die Bank insgesamt gut in das Geschäftsjahr 2009 gestartet. Trotz der Auswirkungen der Finanzmarktkrise erzielte die Bank im 1. Halbjahr 2009 mit einem Bilanzgewinn von 7,6 Mio. Euro ein positives Ergebnis (30.06.2008: 56,8 Mio. Euro). Die Grundertragskraft der Bank ist unverändert solide und konnte diese Ergebnisbelastungen auffangen.

Die Bilanzsumme per 30. Juni 2009 betrug 40,4 Mrd. Euro (31.12.2008: 41,2 Mrd. Euro) und bewegt sich damit leicht unter Vorjahresniveau. Diese Entwicklung resultiert aus zwei gegenläufigen Bewegungen: Zum einen ist das Kundenkreditgeschäft wiederum deutlich gewachsen. Dagegen wirkte der strategisch gewollte, konsequente Abbau des Finanzinstrumente-Portfolios entlastend.

Das haftende Eigenkapital der Bank hat sich auf rd. 2,6 Mrd. Euro erhöht (31.12.2008: 2,5 Mrd. Euro). Die Eigenmittel- bzw. Kernkapitalquote der Bank verringerte sich per 30. Juni 2009 auf 9,5 Prozent (31.12.2008: 12,8 %) bzw. 6,4 Prozent (31.12.2008: 8,7 %). Dies ist auf die überproportionale zusätzliche Eigenkapitalbindung infolge von Ratingherabstufungen von Wertpapieren im Verbriefungsportfolio zurückzuführen. Ziel ist es, nachhaltig eine Kernkapitalquote von über 7 Prozent und eine Eigenmittelquote von über 10 Prozent zu erreichen. In diesem Zuge hat die apoBank geeignete Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals ergriffen. Die Einbindung in die Solidargemeinschaft des genossenschaftlichen Bankenverbundes führt zudem zu einem hohen Maß an Sicherheit und Stabilität. Die Liquiditätssituation der Bank ist gut gesichert und auf Basis unterschiedlicher Quellen derzeit komfortabel. Die Refinanzierung stützt sich sowohl auf wachsende Kundengelder als auch auf erfolgreiche Emissionen von Schuldverschreibungen und Pfandbriefen am Kapitalmarkt.

Der neue Vorstandssprecher Herbert Pfennig: „Vor dem Hintergrund des herausfordernden Umfelds der Finanzmarktkrise zeigt das positive, wenn auch deutlich verringerte, Halbjahresergebnis der apoBank, dass wir mit unserem operativen Kerngeschäft über ein stabiles Fundament verfügen, das auch Belastungen aushält. Zwei Milliarden Euro Neuausleihungen im Darlehensbereich im 1. Halbjahr 2009 belegen eindrucksvoll, dass es bei uns keine Kreditklemme gibt und die apoBank mit ihrem Know how eine zentrale Funktion in der Kreditversorgung des deutschen Gesundheitswesens und der Heilberufler einnimmt. Unser Finanzinstrumente-Portfolio werden wir über die nächsten Jahre kontinuierlich abbauen, um so die Ressourcenbindungen deutlich zu reduzieren und uns künftig ganz auf die Wachstumspotenziale in unserem Kerngeschäft zu konzentrieren. Für die zweite Jahreshälfte erwarten wir eine Fortsetzung der positiven Geschäftsentwicklung im Kerngeschäft. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Finanzmarkt-krise lässt aber aus heutiger Sicht keine zuverlässige Ergebnisprognose für das Gesamtjahr 2009 zu.“



Quelle: Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG - <http://www.apobank.de/>

Karies: Vorbeugen ist besser als Bohren

In diesem Jahr widmet sich der „Monat der Mundgesundheit“ der „Volkskrankheit“ Karies. Zu diesem Anlass im Oktober haben Colgate und die Bundeszahnärztekammer wieder eine Informationsbroschüre, dieses Jahr unter dem Titel „Vorbeugen ist besser als Bohren. Effektive Mundhygiene und Kariesprophylaxe“, veröffentlicht.

Auf 16 Seiten informiert das Heft über Ursachen, Vorbeugung und Behandlung von Karies. Patienten erfahren, dass die Entstehung dieser Zahnerkrankung ein komplexer Vorgang ist, der von mehreren Faktoren beeinflusst wird. Dabei klärt der Prophylaxe-Ratgeber über eine eigenverantwortliche Mundhygiene auf, damit die natürlichen Zähne bis ins hohe Alter gesund bleiben. Neben der täglichen Zahnpflege zuhause mit Zahnbürste, fluoridhaltiger Zahnpaste und Hilfsmitteln zur Reinigung der Zahnzwischenräume gehören dazu die regelmäßigen zahnärztlichen Kontrolluntersuchungen sowie die Professionelle Zahnreinigung (PZR) in der Zahnarztpraxis. Weil auch das Essverhalten eine wichtige Rolle bei der Gesunderhaltung der Zähne spielt, gibt die Broschüre viele wertvolle Tipps zur zahngesunden Ernährung.

Der „Monat der Mundgesundheit“ findet bereits zum neunten Mal statt und wird in Kooperation von Colgate-Palmolive und der Bundeszahnärztekammer veranstaltet. Ziel der diesjährigen Aktion ist, die Öffentlichkeit über die verschiedenen Maßnahmen einer optimalen Kariesprophylaxe aufzuklären. Dank zahlreicher moderner diagnostischer Methoden ist es möglich, Karies früh zu erkennen und den Krankheitsverlauf aufzuhalten oder signifikant zu verlangsamen.

Weitere Informationen rund um den „Monat der Mundgesundheit“, zu den bisher veröffentlichten Patientenbroschüren und weiteren Aktionen gibt es im Internet unter <http://www.Monat-der-Mundgesundheit.de> und <http://www.bzaek.de>.

Quelle: <http://www.bzaek.de>

GOZilla im Wartezimmer

Über 20 Jahre hat die „GOZ“, die Gebührenordnung der Zahnärzte, auf dem Buckel. Was hierin als abrechnungsfähige Leistung aufgeführt wird, ist ebenso veraltet wie die Gebühren selbst. Darunter leiden zunehmend auch Patienten. Ein Ärgernis, gegen das die Zahnärzte Sturm laufen – bislang erfolglos. Den Fluchtweg aus dem Gebühren-Dschungel zeigt eine in der Öffentlichkeit unbekannt Organisation: die Zahnärztliche Abrechnungsgenossenschaft (ZA).

Das Honorarmonster GOZilla schreckt vor allem privat- und zusatzversicherte Patienten. Deren Arztrechnungen werden immer wieder von den Kostenerstattern beanstandet, weil moderne Behandlungsmethoden mit der veralteten GOZ schwer abzurechnen sind. Reklamationen sind nicht nur ärgerlich, sie belasten auch das Vertrauen zwischen Arzt und Patienten. Denn auch wenn der Zahnarzt vollkommen gebührenkonform liquidiert hat – es ist seine Kostenrechnung, auf der der Patient zumindest vorläufig sitzen bleibt. Wichtig ist deshalb zu erkennen, dass man es als Patient mit zwei ganz verschiedenen Ansprechpartnern zu tun hat: dem Zahnarzt als Behandler, der Krankenkasse oder Versicherung als Kostenträger.

Hier erweist sich die Zahnärztliche Abrechnungsgenossenschaft (ZA) als Verbündeter. Sie unterstützt Patienten durch die direkte Verhandlung mit dem Kostenerstatter. Die Argumente des neunköpfigen GOZ-Teams überzeugen: In acht von zehn Fällen lenken die Kostenerstatter ein, die Versicherten erhalten ihr Geld. Selbst wenn die Kostenerstatter sich trotz berechtigter Ansprüche verweigern, sollte man als Patient nicht aufgeben – es steht immer noch der Rechtsweg offen. Durch die Einschaltung eines versierten Fachanwaltes im Medizinrecht, vermittelt von der ZA, können sie letztlich doch noch an ihr Geld kommen.

Zahnärzte profitieren gleichermaßen von der ZA. Ihr Vertrauensverhältnis zum Patienten bleibt ungestört, und im Umgang mit der Gebührenordnung können sie auf die Experten der Abrechnungsgesellschaft zurückgreifen. Ein Modell mit Zukunft – auch eine neue GOZ dürfte wieder zahlreiche Ungereimtheiten aufweisen, die gerichtlich geklärt werden müssen. Die Zahnärztliche Abrechnungsgenossenschaft hat seit 1988 bereits 70 Prozent der positiven GOZ-Urteile erstritten und so zu mehr Klarheit beigetragen.

Quelle: ZA - Zahnärztliche Abrechnungsgenossenschaft eG, <http://www.za-eg.de>

Bei Zahnersatz sind Zusatzkosten wegen Allergie grundsätzlich selbst zu tragen

Gesetzlich Versicherte müssen bei einem Zahnersatz zusätzliche Kosten, die wegen einer nachgewiesenen Allergie anfallen, grundsätzlich selbst tragen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/135/1613565.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/133/1613339.pdf>) hervor. Danach kommen in bestimmten Härtefällen in aller Regel die Krankenkassen für die Mehrkosten auf. Zu beachten sei allerdings, dass die Krankenkassen diese Zusatzkosten "nur insoweit übernehmen, als darin keine Mehrkosten für Edelmetalllegierungen enthalten sind".

In ihrer Anfrage hatte die Fraktion auf die Festlegung des Gemeinsamen Bundesausschusses in seiner Zahnersatz-Richtlinie vom Dezember 2004 verwiesen, der zufolge "bei einer nachgewiesenen Allergie nur ein Werkstoff verwendet werden darf, der vertragen wird". Wissen wollten die Abgeordneten unter anderem, ob aus der Festlegung der Richtlinie abzuleiten sei, dass zusätzliche Kosten, die durch nachgewiesene Allergien entstehen, von der Krankenkasse erstattet werden müssen.

Den Regierungsangaben zufolge ist aus der Festlegung der Richtlinie keine Erstattungspflicht der Krankenkassen abzuleiten. Seit jeher seien die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung für die Versorgung mit Zahnersatz auf einen Teil der Kosten beschränkt gewesen seien. Mit der Einführung des "befundbezogenen Festzuschussystems" Anfang 2005 sei die vertragszahnärztliche Versorgung mit Zahnersatz grundlegend neu geordnet worden: "Unabhängig von ihrem Mundgesundheitszustand, ihrem Alter, ihren Erkrankungen oder Erkrankungsrisiken wie Allergien erhalten gesetzlich Versicherte bei einem bestimmten Befund bundesweit einheitliche Festzuschüsse zu einer medizinisch notwendigen Versorgung mit Zahnersatz", erläutert die Regierung.

Da "innerhalb der Festzuschuss-Konzeption nicht auf jeden einzelnen Behandlungsfall mit klinischen Besonderheiten oder individuellen Wünschen bei der Auswahl der Werkstoffe abgestellt" werden könne, sei nicht auszuschließen, dass Versicherte "im Einzelfall mehr als 50 Prozent der in der Regelversorgung abgebildeten Kosten zu übernehmen haben", heißt es in der Antwort weiter. Allerdings könnten Vertragszahnärzte die Höhe der zusätzlichen Kosten für die Versicherten durch die Auswahl kostengünstiger hypoallergener Werkstoffe niedrig halten. Auch könne der Zahntechniker bei der Gestaltung des Zahnersatzes höhere Zusatzkosten vermeiden.

Quelle: hib - heute im Bundestag - <http://www.bundestag.de/presse/hib/>

Robert-Koch-Institut

Neues Themenheft zur Mundgesundheit erschienen

Das vom Robert-Koch-Institut (RKI) und dem Statistischen Bundesamt herausgegebene Themenheft "Mundgesundheit" gibt auf der Basis aktueller und repräsentativer Daten eine Übersicht über die verschiedenen Erkrankungen und Störungen der Mundgesundheit und deren Verbreitung.

Das RKI verweist in seinem Heft unter anderem auch auf den engen Zusammenhang zwischen Lebensweise und Zahnschädigung. Bei Kindern und Jugendlichen konnten in den letzten Jahren unter anderem durch den breiten Einsatz von Fluoriden in der Gruppen- und Individualprophylaxe deutliche Verbesserungen der Zahngesundheit erreicht werden.

Allerdings sei eine Polarisierung der Kariesbetroffenheit bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu erkennen: Eine kleine Teilgruppe der Erkrankten vereinige den Großteil der kariösen Zähne auf sich. Bei den Erwachsenen und Senioren wurde im Jahr 2005 erstmals ein Rückgang der Verbreitung von Karies und Zahnverlusten registriert.

Quelle: <http://www.rki.de>

Dentaltourismus bleibt Randerscheinung

Zahnärzte und Patienten nutzen mit wachsender Tendenz importierten Zahnersatz.

Nach wie vor fahren aber nur wenige Versicherte für eine Zahnersatzversorgung selbst ins Ausland. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt haben. Für die Untersuchung, die vom Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ) in Köln in Zusammenarbeit mit dem Institut für empirische Gesundheitsökonomie durchgeführt wurde, waren insgesamt 1368 Versicherte und 300 Zahnärzte befragt worden. Damit liegen erstmals verlässliche Zahlen zur Internationalisierung des Versorgungsmarktes für Zahnersatz vor.

Von den befragten Personen gaben 2,3 Prozent an, bereits im Ausland gefertigten Zahnersatz zu tragen. Unter den Zahnärzten gaben 12,3 Prozent an, "häufig" Auslandszahnersatz einzugliedern. 15,3 Prozent tun dies "gelegentlich", 23,4 Prozent "eher selten" und 49 Prozent "gar nicht". Über alle Zahnärzte gerechnet beträgt der Anteil des Auslandszahnersatzes an den Prothetikfällen im Durchschnitt ca. 10 Prozent.

Bei der KZBV sieht man für diese Entwicklung klare Gründe. Dazu der Vorsitzende des Vorstandes, Dr. Jürgen Fedderwitz: "Wir haben beim Import von Zahnersatz einen in letzter Zeit dynamisch gewachsenen, aber noch immer begrenzten Markt. Nach der Einführung befundbezogener Festzuschüsse für gesetzlich Krankenversicherte in 2005 ist der Patient kostenbewusster und der Wettbewerb im Prothetikmarkt intensiver geworden. Das war politisch gewollt. Weil die Zahntechnik meist den Löwenanteil an der Zahnersatzrechnung ausmacht, nutzt man nun verstärkt günstige ausländische Anbieter. Für die meisten Patienten bleibt aber nicht die reine Kostenerwägung, sondern vielmehr das Vertrauensverhältnis zu ihrem Zahnarzt der bestimmende Faktor bei der Entscheidung für eine bestimmte prothetische Versorgung."

Für die BZÄK offenbart die Studie, dass die Entscheidungsprozesse nicht auf eine simple Kostenbetrachtung zu reduzieren sind, da eine Vielzahl von Beeinflussungsfaktoren und Motiven von Patienten als auch von Zahnärzten einbezogen werden. "Das hohe Vertrauen zum eigenen Zahnarzt und die skeptische Qualitätsvermutung waren neben dem Preisargument bestimmende Faktoren der Patienten für oder gegen ausländischen Zahnersatz", so Dr. Dietmar Oesterreich, Vizepräsident der BZÄK. "Das ambivalente Verhältnis der Zahnärzte zum Auslandszahnersatz verdeutlicht, dass der Berufsstand trotz zunehmenden Wettbewerbs und Kostendrucks seine Verantwortung für die Sicherheit der Patienten sehr ernst nimmt", stellt Oesterreich fest. Dies verdeutlicht auch das gut ausgebaute Netzwerk von Patienteninformation, Patientenberatung, Zweitmeinungsmodellen bis hin zu Gutachterwesen und Schlichtungsstellen von Landes Zahnärztekammern und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen.

Anders als der Import von Zahnersatz nimmt der Dentaltourismus, keine dynamische Entwicklung. Nur etwa einer von hundert befragten Versicherten ist bislang für eine prothetische Versorgung selbst ins Ausland gefahren. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine hohe Zahnarztbindung und die Einschätzung der medizinisch-technischen Qualität der Versorgung im Ausland hier als begrenzende Faktoren wirken.

Quellen: <http://www.kzbv.de> – <http://www.bzaek.de>

Gold und Geld für große Hilfe

Zahnärztliche Hilfswerke im Einsatz – von der Nachbarschaft bis in die Dritte Welt

Die 2. Koordinierungskonferenz „Hilfsorganisationen“ der BZÄK fand in Berlin statt unter Leitung von Dr. Wolfgang Schmiedel, Vorstandsreferent der Bundeszahnärztekammer für soziale Aufgaben/Hilfsorganisationen. Das Treffen machte ein weiteres Mal deutlich, wie enorm groß und vielfältig sich die Zahnärzte in Deutschland für die Unterstützung Hilfebedürftiger engagieren. Obwohl auch dieses mal wieder die Vertreter derjenigen Hilfsorganisationen, die nach Berlin gekommen waren, nur einen Ausschnitt aller aktiven Hilfsorganisationen repräsentierten, war der große Sitzungssaal der Bundeszahnärztekammer weit überfüllt.

Sichtlich beeindruckt von dem zahlreichen Engagement und den Ergebnissen zeigten sich Dr. Dietmar Oesterreich, Vizepräsident der BZÄK, und Dr. Schmiedel. Dr. Oesterreich regte an, dass die zahnärztlichen Hilfsorganisationen Daten und Fakten ihrer Projekte liefern, da gerade auch belegtes Zahlenmaterial für den Erfolg des Einsatzes der Zahnärzteschaft in der berufspolitischen Arbeit hervorragende Argumente liefern. Er begrüßt daher, dass Verena Herden aus Bayern derzeit an einer Dissertation zum Thema „Zahnärztliche Hilfsprojekte“ arbeitet. Frau Herden nahm selbst an der Koordinierungskonferenz teil und knüpfte vertiefende Kontakte. Die Teilnehmer der Konferenz wurden von Dr. Oesterreich und Dr. Schmiedel dazu aufgerufen, zahlreich über ihre Arbeit zu publizieren, denn auch die „zm“ werde wie viele andere dentale Publikationen keineswegs nur in den eigenen Kreisen gelesen. Unter anderem wurde angeregt, auch bei Veranstaltungen der BZÄK, wie der Bundesversammlung, dem Deutschen Zahnärztetag oder auf der IDS auf die Vielfalt der Projekte hinzuweisen und auch so im eigenen Berufsstand für Unterstützung und Kollegen für aktives Engagement zu werben.

Networking - auch gegenüber dem Finanzamt

Da sich viele Hilfsorganisationen untereinander offenkundig nicht kennen, gehört zu den zahlreichen erfreulichen Ergebnissen der Zusammenkunft die geplante Einrichtung zielgruppenorientierter Arbeitsgruppen. Diese können sich gegenseitig unterstützen und so das jeweilige Projekt leichter voranbringen. Dies ist offenbar insbesondere bei Maßnahmen für südamerikanische Regionen wichtig, da hier Zollbestimmungen deutlich erschwerend wirken, so die Erfahrungen der Konferenzteilnehmer. Interessant sind solche Arbeitsgruppen auch für Projekte im eigenen Land, die sich beispielsweise um Obdachlose oder um Drogenabhängige kümmern. Dr. Schmiedel, der die Teilnehmer zu Kurzberichten über ihr Projekt eingeladen hatte, schlug eine Koordinierungsstelle unter dem Dach der BZÄK vor, die für alle bestehenden und sich neu gründenden Initiativen hilfreich sein könne. Großen Wert legte er auf eine transparente Darstellung des Geld- bzw. Materialtransfers, damit sichergestellt sei, dass das Geld und die Sachspenden auch wirklich bei den Bedürftigen ankämen. Alle Teilnehmer berichteten übereinstimmend, dass bei ihren zahnärztlichen Hilfswerken die Spendengelder so gut wie hundertprozentig am Zielort ankommen, teilweise werden die Spenden und Hilfsmittel sogar persönlich überbracht.

„Für das Engagement all dieser Kollegen kann unser Berufsstand gar nicht dankbar genug sein“, meinte Dr. Schmiedel. Was hier geleistet werde, gehe über das übliche „Sammeldosen herumreichen“ enorm hinaus und sei mit erheblichem persönlichem Einsatz verbunden. Viele Projekte engagierten sich in Nachbarschaft oder in der Dritten Welt, dort vor allen Dingen in Bereichen mit „sozialen Verwerfungen und Spannungen. Dabei ist der Einsatz ist nicht ungefährlich und das Engagement erfordert unser aller Respekt.“ Das Spektrum der Maßnahmen erstreckt sich von der zahnärztlichen Versorgung einzelner kleiner Gruppen über den Bau von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen bis hin zur Einrichtung kieferchirurgischer Kliniken für Tumoroperationen sowie Lieferungen von Medikamenten in Länder der Dritten Welt. Das Gesamtvolumen aller Geld- und Materialspenden der letzten 20 Jahre beläuft sich auf annähernd 100 Millionen Euro.

Immer schwieriger wird es für manches Projekt, das auf Zahngold-Spenden baut, zukünftige Aktionen vorausschauend zu planen. Insgesamt kann festgestellt werden, dass Goldspenden durch veränderte Ausrichtungen im zahnärztlichen Therapiespektrum zunehmend weniger werden. Schwierigkeiten haben manche Projekte auch mit Finanzämtern, die eingeworbene Mittel und Goldspenden als Einnahmen verbucht

sehen wollen und eine Steuerbefreiung ablehnen. Ein hilfreiches Angebot machte hier Dr. Klaus Winter vom Hilfswerk Deutscher Zahnärzte (HDZ): Die in Finanzamtsdiskussionen erfahrene Organisation will Kollegen von Zahngold sammelnden Organisationen ihre diesbezügliche Unterstützung anbieten und schlug vor, ein wirtschaftliches Netzwerk in Kooperation mit dem HDZ zu bilden.

Quelle: BZÄK-Klartext - <http://www.bzaek.de/service/oav10/tliste.asp?kat=93>

Angst vorm Zahnarzt

Wurzelbehandlung besonders gefürchtet

Vor keinem Doktor fürchten sich die Deutschen mehr als vor dem Zahnarzt (44 Prozent). Behandlungen an der Zahnwurzel rufen die größten Ängste hervor: Zwei von drei Bundesbürgern bereitet ein solcher Eingriff bereits im Vorfeld Zahnschmerzen. Weitere Top-Ängste sind Zahnziehen (59 Prozent) und Bohren (50 Prozent). Zu diesem Ergebnis kommt eine bundesweite repräsentative Befragung im Auftrag der DEVK Versicherungen unter 1.000 Personen.

Um Schmerzen bei der Zahnbehandlung auszuschließen, stehen 90 Prozent der Befragten einer örtlichen Betäubung positiv gegenüber. Fast jeder zweite Deutsche (45 Prozent) zieht sogar Hypnose zur Schmerzlinderung in Erwägung. Ganze 67 Prozent wollen am liebsten gar nichts vom Eingriff mitbekommen und wünschen sich eine Behandlung unter Teil- oder Vollnarkose. Doch ein Eingriff unter Vollnarkose, etwa bei einer Weisheitszahnbehandlung, kann trotzdem schmerzhaft sein - nämlich in finanzieller Hinsicht. Denn die Zusatzkosten von mehreren Hundert Euro übernimmt die Krankenkasse nur, wenn eine Vollnarkose als medizinisch notwendig erachtet wird. Meist ist dies jedoch nicht der Fall, sodass der Patient die Kosten allein tragen muss.

Auch die Kosten für Wurzelbehandlungen werden seit Januar 2004 nur noch von Fall zu Fall von den Krankenkassen übernommen. Gesetzlich Versicherte, die neben der Angst vor einer Wurzelbehandlung auch das dazugehörige Kostenrisiko plagt, können sich über eine private Zusatzversicherung absichern. Die DEVK bietet beispielsweise ab sofort eine Krankenzusatzversicherung an, die sowohl für die Zahnbehandlung als auch für Teil- oder Vollnarkosen aufkommt. Die Zahnversicherung wird abgeschlossen in Verbindung mit einem Grundtarif für Zahnersatz, Sehhilfen und Krankenversicherungsschutz für Auslandsreisen. Neu ist, dass jetzt auch Behandlungen der Zahnwurzel mitversichert sind. Darüber hinaus zahlt die DEVK für die professionelle Reinigung von Zähnen und Zahnersatz (bis 50 Euro je Kalenderjahr) und für Parodontosebehandlungen. Erstattet wird der komplette Betrag, der nach Abzug einer eventuellen Vorleistung durch die gesetzliche Krankenversicherung noch übrig bleibt.

Quelle: DEVK Versicherungen, <http://www.devk.de>

Volle Wartezimmer sind Streßfaktor für Mitarbeiterinnen

Volle Wartezimmer in Arztpraxen stressen nicht nur Ärzte und Patienten. Die Hektik macht auch 88 Prozent aller Arzthelferinnen zu schaffen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Magazins "Young Help", das von der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege herausgegeben wird.

82 Prozent der Befragten Arzthelferinnen haben Angst, Fehler zu machen. Auch die schlechte Laune des Chefs (79 Prozent), wehleidige Patienten (73 Prozent), keine persönliche Anerkennung und monotone Arbeit (je 66 Prozent) sind für die Praxismitarbeiterinnen Streßfaktoren.

Quelle: BGW - <http://www.bgw-online.de>

Schönheitschirurg ist kein Zahnarzt

Ein auch als sog. Schönheitschirurg tätiger Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurg braucht grundsätzlich die doppelte Approbation als Arzt und Zahnarzt, wenn er zahnmedizinisch tätig sein will. Dies hat das Verwaltungsgericht Minden entschieden.

Der 54-jährige Kläger ist als Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurg tätig. Nach dem Studium der Humanmedizin hatte er im Jahre 1988 die ärztliche Approbation erhalten und darf seit 1996 die Gebietsbezeichnung „Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie“ führen. Seine Versuche, auch die zahnärztliche Approbation, d.h. die Erlaubnis, dauerhaft und selbstständig als Zahnarzt zu arbeiten, zu erhalten, scheiterten im Jahre 1999.

Nachdem die Zahnärztekammer Westfalen-Lippe den Kläger wegen Ausübung der Zahnheilkunde ohne zahnärztliche Approbation oder Berufserlaubnis angezeigt hatte, hat der Kläger beim Verwaltungsgericht geklagt, um feststellen zu lassen, dass er im Rahmen seines Fachgebiets als Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurg auch zahnmedizinisch tätig sein darf. Er vertrat dazu die Auffassung, auf dem Gebiet der Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie könnten medizinische und zahnmedizinische Tätigkeiten nicht immer genau voneinander getrennt werden.

Die zuständige 7. Kammer hat die Klage abgewiesen und dargelegt, dass Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgen sowohl die medizinische als auch die zahnmedizinische Approbation besitzen müssen, wenn sie in zahnmedizinischen Bereichen tätig sein wollen. Der Wortlaut des Zahnheilkundegesetzes sei insoweit eindeutig. Wer Zahnheilkunde - auch nur in Teilbereichen - dauernd ausüben wolle, müsse eine entsprechende Approbation besitzen. Die vom Kläger geführte Gebietsbezeichnung „Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie“ vermöge die zahnärztliche Approbation nicht zu ersetzen.

Quelle: Verwaltungsgericht Minden - <http://www.vg-minden.nrw.de/>

Zahnärzte können von der Zahnärztekammer kein Einschreiten gegen Kollegen verlangen

Wenn ein Zahnarzt einem Kollegen vorwirft, berufsrechtswidrig zu handeln und sich an die Zahnärztekammer wendet – muss diese dann zwingend eingreifen?

Die Zahnärztekammern sind verpflichtet, die Einhaltung der Berufspflichten durch ihre Mitglieder zu überwachen und ggf. berufsrechtlich einzuschreiten. Nicht selten geht es dabei um tatsächliche oder vermeintliche Verstöße gegen Werberechtsbeschränkungen.

Wenn eine Kammer gegen solche Verstöße vorgeht, steht dahinter meist die Anzeige eines Kollegen. In manchen Fällen geht die betreffende Kammer trotz einer solchen Anzeige nicht gegen den angeblich berufsrechtswidrig handelnden Kollegen vor. Einige der Anzeigerstatter sind darüber empört. Sie können jedoch ein Einschreiten der Kammer nicht verlangen.

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat entschieden (Az. 13 A 3784/05), dass es eine eigenständige Entscheidung der jeweiligen Kammer ist, ob und ggf. wie berufsrechtlich einzuschreiten ist. Es gibt kein subjektives Recht einzelner Kammerangehöriger auf ein solches Vorgehen.

Quelle: Dr.med.dent. Wieland Schinnenburg, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Medizinrecht - <http://www.wieland-schinnenburg.de/>

Arbeitsplatz Computer

So beugen Anwender gesundheitlichen Risiken vor

TecChannel: Rückenschmerzen, Kopfschmerzen oder Augenschmerzen - das Arbeiten am Computer verursacht häufig Gesundheitsprobleme / Bereits einfache Maßnahmen können Abhilfe schaffen.

Ob Rückenbeschwerden, Kopfschmerzen oder Augenprobleme - wer viel Zeit am Computer verbringt, setzt sich einer ganzen Reihe von gesundheitlichen Risiken aus. Werden die Gefahren über einen längeren Zeitraum missachtet, so drohen schnell chronische Erkrankungen. Wie Anwender bereits durch einfache Maßnahmen vorbeugen können, erläutert TecChannel, das deutsche Webzine für IT-Experten, in einem aktuellen Beitrag.

Die Ursache für viele Beschwerden wie etwa Rücken- oder Gelenkschmerzen sowie Konzentrationschwäche ist eine falsche Sitzhaltung am Computer. Deshalb sollten Anwender auf eine ergonomische Sitzposition besonderen Wert legen. Hierzu gehört etwa ein Bürostuhl der nicht nur in der Höhe, sondern auch an der Rücken- und Armlehne verstellbar ist. Auch ein höhenverstellbarer Bürotisch trägt zu einer entspannten Sitzposition bei. Als Faustregel für eine optimale Sitzhaltung gilt: Ober- und Unterarm sowie Ober- und Unterschenkel bilden jeweils einen Winkel von 90 Grad.

Ebenfalls zu empfehlen ist laut TecChannel die Nutzung einer ergonomisch geformten Tastatur. Sie trennt das Tastenfeld in der Mitte und spreizt es um einige Grad auseinander. Dies ermöglicht eine entspannte Handhaltung und beugt Sehnenscheidenentzündungen sowie Körperverspannungen vor. Darüber hinaus wird die Tastatur vom Anwender zwar täglich benutzt, aber die Reinigung dieses Arbeitswerkzeuges wird auf Kosten der Gesundheit oftmals vernachlässigt. So gilt die Tastatur als Brutstätte für Bakterien und Viren, die über die Finger und Hände sowie die Atmung auf die Tastatur gelangen. Von dort aus können die Krankmacher nahezu ungehindert auf jeden Nutzer übertragen werden. Abhilfe schafft eine regelmäßige Reinigung und Desinfektion der Tastatur. Darüber hinaus bieten viele Hersteller inzwischen antibakterielle Tastaturen an, die die Bildung und Verbreitung von Bakterien und Viren hemmen.

Quelle: <http://www.tecchannel.de>

Zahnarzt-Homepage in die Deutsche Nationalbibliothek?

Egal ob privater Homepage-Betreiber oder Unternehmer: Jeder, der eine Homepage im Web betreibt, ist per Gesetz dazu verpflichtet, eine Kopie davon an die Deutsche Nationalbibliothek abzuliefern. Wer nicht mitmacht, dem drohen bis zu 10.000 Euro Strafe – eigentlich.

Aber keine Sorge, geahndet wird zurzeit nicht. Die Deutsche Nationalbibliothek mit Standorten in Frankfurt (Main), Berlin und Leipzig ist das nationalbibliografische Zentrum der Bundesrepublik Deutschland. Hier müssen per Bibliotheksgesetz alle deutschen Neuerscheinungen und eigentlich auch alle Internetseiten, deren Betreiber in Deutschland wohnt oder dort arbeitet, zur Archivierung abgegeben werden. Denn geht es nach dem novellierten Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek von 2006, sind jetzt auch alle Internetseiten so genannte "Medienwerke in unkörperlicher Form". Für diese "unkörperlichen Medienwerke" besteht eine Ablieferungspflicht.

Endgültige Klarheit darüber, wer seine Homepage abliefern muss, sollen Sammelrichtlinien bringen, die es bisher allerdings nur im Entwurf gibt. Solange diese nicht klar definiert sind, muss wohl niemand Angst haben, eine Straftat zu begehen, nur weil er seine Homepage nicht an die Bibliothek gemeldet hat.

Quelle: Hamburger Morgenpost - <http://www.mopo.de/>

Bachelor kann kein Zahnarzt sein

Bayerische Landeszahnärztekammer sieht Behandlungsqualität in Gefahr

Der Vorstand der Bayerischen Landeszahnärztekammer begrüßt und unterstützt die Resolution des Medizinischen Fakultätentages, in der die Einführung von Bachelor/Master-Strukturen in der medizinischen und zahnmedizinischen Ausbildung abgelehnt wird. Dass ein Bachelor nach sechssemestrigem Studium bereits in die zahnmedizinische Behandlung einsteigen könne, sei schon aus Gründen des Patientenschutzes undenkbar.

Die zahnärztliche Grundausbildung umfasst nach Art. 34 Abs. 2 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen mindestens fünf Jahre theoretischen und praktischen Unterricht auf Vollzeitbasis. Damit gewährleistet die zahnärztliche Grundausbildung, dass die künftigen Zahnärzte angemessene Kenntnisse in den Wissenschaften erwerben, auf denen die Zahnheilkunde beruht. Dazu zählen ebenso Kenntnisse des Körperbaus, der Funktionen und des Verhaltens des gesunden und des kranken Menschen sowie des Einflusses der natürlichen und sozialen Umwelt auf die Gesundheit des Menschen.

Die universitäre Ausbildung in der Zahnmedizin vermittelt weiterhin Kenntnisse der Struktur und der Funktion der Zähne, des Mundes, des Kiefers und der dazugehörigen Gewebe, jeweils in gesundem und in krankem Zustand, sowie ihren Einfluss auf die allgemeine Gesundheit und das allgemeine physische und soziale Wohlbefinden des Patienten unter dem Gesichtspunkt der Verhütung und Vorbeugung, der Diagnose und Therapie. Voraussetzung einer akademischen Ausbildung ist nach der Europäischen Berufsanerkenntnis-Richtlinie eine angemessene klinische Erfahrung unter entsprechender Leitung, Art. 34 Abs. 3 Richtlinie 2005/36/EG.

Nur im Rahmen einer solchen akademischen Ausbildung werden die erforderlichen Fähigkeiten zur Ausübung des Berufes als Zahnarzt vermittelt. In diesem Zusammenhang fordert die Bayerische Landeszahnärztekammer als Berufsvertretung von mehr als 14 000 Zahnärztinnen und Zahnärzten dringend, die vorliegende Neufassung der Approbationsordnung für Zahnärzte sofort und in ihrer jetzt verabschiedeten Fassung in Kraft zu setzen, um dem Anspruch auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung an den Universitäten zu genügen. Gerade vor dem Hintergrund der von der Politik stets beschworenen Notwendigkeit zusätzlicher Investitionen in Forschung und Bildung wäre eine weitere Verzögerung aus fiskalischen Erwägungen nicht hinnehmbar.

Quelle: <http://www.blzk.de>

Ärztetag gegen Bachelor in der Medizin

Die Einführung eines Bachelor-Studiengangs in der Medizin hat der 112. Deutsche Ärztetag entschieden abgelehnt. Das einheitliche und hochwertige Medizinstudium mit dem Abschluss „Staatsexamen“ muss erhalten bleiben, da der Bachelor in der Medizin keinen berufsqualifizierenden Abschluss darstellt, bekräftigten die Delegierten.

Die konsequente Umsetzung der neuen Approbationsordnung müsse zudem an den Medizinischen Fakultäten erfolgen, da nur diese die Grundlagen vorweisen könnten, um in einem einstufigen Studiengang die notwendigen Reformen unter anderem in Hinsicht auf Mobilität, Flexibilität und Anrechenbarkeit von Studienabschnitten zu realisieren. Mit der neuen Approbationsordnung sei bereits die Basis für die geforderte Verknüpfung von theoretischen und praktischen Ausbildungsabschnitten geschaffen worden. Auch würde die EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen die Mobilität innerhalb Europas garantieren.

Quelle: Pressestelle der deutschen Ärzteschaft - <http://www.baek.de/>

Positionspapier zum Bologna-Prozess

Humboldt-Gesellschaft Für Wissenschaft, Kunst und Bildung e.V.

Gemäß dem seit 200 Jahren akzeptierten Humboldt'schen Bildungsideal ist die Universität ein Ort, an dem sich Individuen, Staatsbürger und Weltbürger eigenständig herausbilden. In diesem Geiste begrüßt die Humboldt-Gesellschaft grundsätzlich das Ziel der Schaffung eines Europäischen Hochschulraums, in dem akademische Grade und Qualitätsstandards miteinander besser vergleichbar und untereinander kompatibler werden (Bologna- Deklaration von 1999).

Sie unterstreicht jedoch mit Nachdruck, dass die sich daraus ergebende, notwendige gegenseitige Anerkennung akademischer Grade und Studienzeiten mit dem erforderlichen Respekt gegenüber der kulturellen Reichhaltigkeit erfolgen muss (Lissabon Konvention von 1997). Differenzen gegenüber jeweils andersartigen Studienorganisationen müssen als Bereicherung und dürfen nicht als hinderlicher Mangel bewertet werden. Es muss die Sicherung eines vergleichbaren Niveaus angestrebt werden, weil sonst das Ziel der Schaffung eines Europäischen Hochschulraums vereitelt würde, nämlich die „Stärkung unseres reichhaltigen und vielfältigen europäischen kulturellen Erbes“, das auf „institutioneller Autonomie, akademischer Freiheit, Chancengleichheit und demokratischen Prinzipien ...“ beruht (London Communiqué von 2007). Dabei muss die Freiheit, die dem Bologna-Prozess insofern eigen ist, als diese auf einer Regierungsübereinkunft ohne rechtserhebliche Verpflichtungen für die Signatarstaaten beruht, in kooperativem und partnerschaftlichem Geist zur Stärkung des jeweiligen kulturellen Erbes eingesetzt werden und darf keinesfalls eine strangulierende Gleichmacherei erzwingen.

Vorschläge der Humboldt-Gesellschaft

Die Humboldt-Gesellschaft schlägt in Übereinstimmung mit vielen anderen gesellschaftlichen Kräften, auch unabhängig vom Bologna-Prozess, vor:

1. Kooperative Autonomie der Universitäten.
2. Revision der Zulassungsbedingungen für Studienanfängerinnen und -anfänger sowie Studierende, die eine sinnvolle, deren Intentionen und die Eignung berücksichtigende Zulassung in Verantwortung und Freiheit der betroffenen Universitäten ermöglicht. Dies sollte in Verbindung mit der Einführung eines fachbezogenen Assessments, das eine rechtzeitige Studienorientierung und Studieneignungsfeststellung ermöglicht, stattfinden.
3. Klar formulierte Studieninhalte in jedem Studiengang, einheitlich innerhalb eines Rahmenkataloges. Der jeweilige Fachvertreter sollte bei einem Universitätswechsel der Studierenden selbständig entscheiden, welche Studienleistungen anerkannt werden. Zusätzliche Leistungen können individuell abgesprochen werden, und eine erfolgreiche Durchführung eines praktischen Jahres sollte Studienbewerberinnen und Studienbewerbern mit einem Bonus honoriert werden.
4. Realisierung der in der Bologna-Übereinkunft vereinbarten Pflicht der Universitäten zur Aufnahme von Wechselstudierenden – und das auch europaweit sowie international –, um wirkliche Freiheit zu gewähren, Universitäten, akademische Lehrkräfte und Lehrinhalte nach eigenen Vorstellungen kennen zu lernen.
5. Rechtzeitige Exmatrikulation von Studierenden mit ungenügenden Leistungsnachweisen gemäß Prüfungsordnungen europaweit. Hierdurch reduziert sich einerseits die Zahl der Studierenden um die Anzahl der wirklich ungeeigneten, die nur Studienplätze blockieren, und es verhindert andererseits das Bummelanten-Studium. Gewährleistung der gegenseitigen Anerkennung der Prüfungsordnungen.
6. Elite-Förderung (Studierende und wissenschaftlicher Nachwuchs) in jedem Fachbereich unter Nutzung aller erdenklichen Möglichkeiten im In- und Ausland.
7. Sicherstellung geeigneter und nachhaltiger finanzieller Voraussetzungen für eine exzellente Forschung und Lehre unter Berücksichtigung der Eigenheiten der einzelnen Fächer.
8. Die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung darf durch die Einwerbung von Drittmitteln nicht beeinträchtigt werden.

9. Wiederherstellung eines sinnvollen und eine erfolgreiche Ausbildung gewährleistenden Betreuungsverhältnisses (Anzahl der Lehrenden, insbesondere der Professorinnen und Professoren, zur Anzahl der Studierenden).
10. Personelle Wiederherstellung des zur nachhaltigen Gewährleistung der Kontinuität von Forschung und Lehre erforderlichen längerfristig beschäftigten Mittelbaus als tragende akademische Säule.
11. Kontinuierliche Instandsetzung, Modernisierung und Ausbau der räumlichen, apparativen und technischen Ausstattung der Universitäten.
12. Aufwertung der Fachhochschulen und Berufsakademien durch die Einführung eines effizienten Bachelor- und Masterabschlusses. Den Absolventen ist auch die Möglichkeit zur Promotion an einem sachverwandten, universitären Fachbereich zu geben.

Die vollständige Pressemitteilung/Stellungnahme können Sie im Internet einsehen unter:
<http://www.humboldt-gesellschaft.org/publikationen/pressemitteilung/3>

Quelle: <http://www.humboldt-gesellschaft.org>

Zahnpflege-Lernfiguren

Große Helfer für kleine Patienten

Unter dem Motto „Mal andere Gesichter sehen“, ermöglichen tierische Zahnpflege-Lernfiguren künftig in der professionellen Kinderzahnheilkunde kindgerechte Prophylaxeschulungen. Mit Nemo fällt das Erlernen der richtigen Zahnpflege ebenso leicht, wie mit den Plüschtieren Alligator, Pony und Drache. Besonderer Blickfang: die neue Zahnpflegefigur „Känguru“, die mit einem halben Meter einen bleibenden Eindruck bei kleinen Patienten hinterlässt. Mit der Riesenzahnbürste lässt sich künftig spielerisch und ohne Quengeln erklären, wie Kinder erste

Zähne richtig sauber halten. Auch für ängstliche Patienten eignen sich Nemo & Co. Schrittweises Erklären des Behandlungsablaufs nimmt kleinen Patienten die Angst.

- Nemo, Alligator, Pony klein, 28 cm inkl. 2 Zahnbürsten, Stück € 36,50 zzgl. MwSt.
- Känguru groß, 50 cm inkl. Riesenzahnbürste, Stück € 119,00 zzgl. MwSt.

Quelle: Oral-Prevent Mundhygiene Produkte, <http://www.oral-prevent.de>

Laufen für die Knochen

Joggen stärkt die Knochen mehr als Krafttraining und Radfahren. Das berichtet die "Apotheken Umschau" unter Berufung auf eine Studie an der Universität von Missouri (USA). Dort überprüften Forscher die Auswirkungen der drei Sportarten an Männern im Alter von 19 bis 45 Jahren. Den geringsten Gewinn an Knochenmasse brachte Radfahren.

Quelle: <http://www.gesundheitpro.de>

Steuern sparen für Mitarbeiterinnen

Benzingutscheine, Übernahme der Krippenkosten oder der PC für zu Hause: Mit einigen Tipps können Chefs ihren Mitarbeitern das Gehalt erhöhen, ohne dem Fiskus einen Großteil davon in die Kassen zu spülen.

Betreuungsgebühren zahlen

Statt einer Gehaltserhöhung kann der Chef bei Familien mit nicht schulpflichtigen Kindern beispielsweise die Gebühren für die Betreuung im Kindergarten oder in der Krippe übernehmen.

Benzingutscheine

Ein weiterer Tipp, um Gehalt legal am Finanzamt vorbei zu zahlen, sind Benzingutscheine. Stellt der Chef solche Gutscheine aus, auf denen genau bezeichnet ist, wofür der Gutschein eingelöst werden kann ("38 Liter Diesel"), dann ist der Gutschein bis zu einem Gegenwert von 44 Euro im Monat steuer- und sozialversicherungsfrei. Ganz wichtig: Auf dem Gutschein darf kein Euro-Betrag angegeben werden, sonst muss der Betrag versteuert werden. Die Regelung gilt auch bei geringfügiger Beschäftigung, also so genannte Mini- oder Midijobber. Im Übrigen müssen die 44 Euro nicht auf die Pendlerpauschale angerechnet werden.

Beihilfen durch den Arbeitgeber

Steuerfrei bleiben auch Beihilfen, die ein Arbeitgeber in Krankheits-, Unglücks- und Notfällen zahlt. In der Privatwirtschaft sind die Beihilfen bis zu 600 Euro steuer- und sozialversicherungsfrei, im öffentlichen Dienst können sie ohne Begrenzung gezahlt werden. Eine weitere Möglichkeit eines steuerfreien Vorteils ist die Gewährung eines Arbeitgeberdarlehens zu vergünstigten Konditionen.

Vergünstigtes Darlehen

Beträgt das Darlehen weniger als 2600 Euro, ist der Zinsvorteil in voller Höhe steuer- und sozialversicherungsfrei. Beträgt es mehr als 2600 Euro, gilt ein Referenzzins von 5,0 Prozent. Liegt der vom Arbeitgeber gewährte Zins darunter, muss die Differenz versteuert werden. Vor allem bei Konsumentenkrediten kann sich das Geschäft aber dennoch lohnen, denn dort liegt der Marktzins nicht selten bei 7,0 Prozent und mehr.

Grenzen setzen – NEIN sagen

Eine der Hauptursachen von Stress ist, dass man nicht frühzeitig genug NEIN sagt. So lässt man sich Arbeit aufbürden, die man zeitlich gar nicht mehr schafft, akzeptiert Projektziele, die utopisch sind, tut anderen einen Gefallen, obwohl man dafür keine Zeit hat und weist Zeiträuber, die einem die Ohren vollquasseln, nicht in die Schranken.

Woran liegt das?

1. Man muss sich seiner Grenze überhaupt bewusst werden. Wie oft merken wir erst NACH einem Gespräch, dass es uns nicht gut getan hat, Zeit gekostet oder uns auf den Magen geschlagen hat!? Unser Bauchgefühl sagt uns zwar, dass da jemand eine Grenze überschritten hat, doch wir tun es ab mit einem „ach, war doch nicht so schlimm“, „das schaff ich schon noch“ oder „sie hat es ja nicht so gemeint“. Manchmal stellen wir erst nach dem dritten oder vierten Vorfall fest, wie genervt oder gestresst wir sind. Lernen Sie, Ihrem Bauchgefühl zu vertrauen!
2. Viele müssen erst lernen, Nein zu sagen. Oft wollen wir nicht nein sagen, aus Angst, jemanden auf die Füße zu treten oder gekündigt zu werden. Doch jeder Erwachsene sollte ein Nein verkraften können. Wenn es Ihnen schwer fällt, nein zu sagen, dann versuchen Sie es mit einem Kompromiss, der Ihnen beim Stressabbau hilft: Bringen Sie den Bittsteller ebenfalls zum Ja-Sagen. "Gut, ich erkläre Dir die Exceltabelle noch einmal, dafür bringst Du nachher die Post weg". Üben Sie auch, Ihr Bauchgefühl anzusprechen (in der Ich-Form tut ein Nein nämlich nicht so weh!): „Ich habe das Gefühl, mir läuft die Zeit weg, können wir uns später darüber unterhalten?“ oder „Ich weiß nicht, wo mir der Kopf steht, könnte das vielleicht ein anderer machen?“
3. Man sollte rechtzeitig reagieren. Wenn wir zu lange oder zu oft „Ja“ sagen oder zu lange die Grenzen nicht setzen, staut sich der Ärger in uns auf.... irgendwann ist das Fass voll und wir explodieren oder

werden barsch im Ton. Würden wir rechtzeitig reagieren, wäre das In-die-Schranken-weisen weniger emotional und mehr sachlich, wir wären nicht so geladen. Üben Sie, gleich Ihr Gefühl anzusprechen - und nicht erst beim dritten Mal.

Quelle: <http://www.stress-abbau.com>

Kinder, Kilos, Karies

Fehlernährung bei Kindern nimmt zu

In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl der übergewichtigen Kinder in Deutschland auf über 2 Millionen verdoppelt, ein Indiz für weitverbreitete Fehlernährung und Bewegungsmangel. Die Folgen sind ein stark erhöhtes Risiko von Erkrankungen wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Krankheiten und z.T. irreparablen Schäden am Bewegungsapparat. Besonders gravierend für Kinder sind die mit dem Übergewicht verbundenen psychischen Belastungen.

Einen großen Anteil der zugeführten Kalorien nehmen gerade Kinder über Süßwaren, Snacks oder stark zuckerhaltige Nahrungsmittel zu sich. Dadurch wird zusätzlich die Entstehung von Karies begünstigt: Obwohl die Kariesrate sinkt, ist immer noch ein zu großer Teil der Kinder im Schulalter davon betroffen.

Die Süßwarenindustrie hat viele kalorienreduzierte und zahnfremdliche Produkte auf den Markt gebracht, welche die Vorstellungen kleiner und großer Genießer hinsichtlich Geschmack voll zufrieden stellen. Ermöglicht wird dies durch Zuckeraustauschstoffe, die aus natürlichen Rohstoffen gewonnen werden. Isomalt, der einzige

aus reinem Rübenzucker, ist der Grundstoff der meisten zuckerfreien Bonbons weltweit und ersetzt Zucker auch in Schokolade, Kaugummis, Brotaufstrichen, Eiscreme, Desserts, Backwaren und Frühstückscerealien. Gerade letzere enthalten häufig bis zu 40 Prozent Zucker. Auch typische "Kinderprodukte" wie Zuckerveilchen, Marshmallows und Lutscher können zuckerfrei angeboten werden – und sind häufig vom Geschmack kaum von den zuckerhaltigen Pendanten zu unterscheiden.

Handlungsbedarf besteht noch im Snackbereich: Immer mehr Familienmahlzeiten entfallen zugunsten des Imbiss zwischendurch. Hier sind Produktkonzepte gefragt, die modernen Ernährungsbedürfnissen entsprechen: Genuss, Gesundheit und Convenience.

Quelle: Palatinit GmbH - <http://www.beneo-palatinit.com/de/BENEO-Palatinit/>

Vorbild Familienmahlzeit

Gemeinsames Essen mit der Familie trainiert ein langfristig positives Essverhalten

Kinder, die von zuhause regelmäßige gemeinsame Mahlzeiten kennen, behalten in ihrem späteren Leben eine gesunde Ernährungsweise bei, berichtet die "Apotheken Umschau". Für eine Studie an der Universität von Minnesota (USA) protokollierten Wissenschaftler die Essgewohnheiten von knapp 700 Zwölf- und Dreizehnjährigen und wiederholten das fünf Jahre später.

Es zeigte sich, dass diejenigen, die zu Beginn der Studie angegeben hatten, mindestens fünfmal pro Woche mit der Familie zu essen, sich später gesünder ernährten. Sie frühstückten öfter, aßen mehr Obst und Gemüse und waren besser mit Kalzium und anderen Mineralstoffen versorgt als diejenigen, die nur selten zusammen mit ihrer Familie gespeist hatten.

Quelle: <http://www.gesundheitpro.de>

Walnüsse und Fisch schützen vor Herzkrankheiten

In den jüngst im American Journal of Clinical Nutrition veröffentlichten Forschungsarbeiten der Universität Loma Linda werden die Wirkungen von Walnüssen und fetthaltigem Fisch beim Kampf gegen Herzkrankheiten verglichen. Dabei zeigt sich, dass Walnüsse bei gesunden Personen den Cholesterinspiegel stärker senken als Fisch, wobei fetthaltiger Fisch seinerseits den Triglycerid-Spiegel senkt. Beides trägt zur Verringerung des Gesamtrisikos für eine Erkrankung der Herzkranzgefäße bei.

"In der Praxis bedeutet die Studie, dass eine einfach zu sich zu nehmende Menge an Walnüssen und fetthaltigem Fisch in der Nahrung sogar bei Gesunden eine bedeutende Abnahme des Cholesterin- und Triglycerid-Spiegels zur Folge hat", sagte die Hauptautorin der Studie, Dr. Sujatha Rajaram, ausserordentliche Professorin in der Ernährungsabteilung der Fakultät für Gesundheitswesen der Loma Linda University. Anhand der von der US-amerikanischen FDA (Food and Drug Administration) herausgegebenen qualifizierten Gesundheitsempfehlung haben die Forscher folgendes herausgefunden: 42 g (ca. 1,5 Unzen) bzw. eine Handvoll ganzer oder ca. drei Esslöffel zerhackter, mit der täglichen Nahrung aufgenommener Walnüsse, senken den Gesamtcholesterin-Spiegel im Vergleich zu einer auf den USDA-Empfehlungen beruhenden Ernährung um 5,4 Prozent und das (schlechte) LDL-Cholesterin um 9,3 Prozent.

Unter Berücksichtigung der Richtlinien der American Heart Association stellten die Wissenschaftler weiterhin fest, dass die zweimalige wöchentliche Einnahme von fetthaltigem Fisch (jeweils etwa 4 Unzen, wie von der AHA für Gesunde ohne Herzkrankheit empfohlen) den Triglycerid-Spiegel um 11,4 Prozent senkt. Darüber hinaus erhöht sie im Vergleich zur Kontrollkost den Spiegel des (guten) HDL-Cholesterins um 4 Prozent, aber auch in leichtem Masse den des (schlechten) LDL-Cholesterins. "Sowohl pflanzliche als auch aus dem Meer stammende Omega-3-Fettsäuren schützen das Herz und da sie offensichtlich die Senkung unterschiedlicher Risikofaktoren bewirken, ist es empfehlenswert, sie beide in die Ernährung zu integrieren", so Dr. med. PH Joan Sabate, einer der Autoren der Studie und Vorsitzender der Fakultät für Ernährungswissenschaften.

Dr. Rajaram fügte hinzu: "Man sollte Omega-3-Fettsäuren pflanzlichen Ursprungs (z.B. in Form von Walnüssen) als auch aus dem Meer in die Nahrung aufnehmen. Sollte fetthaltiger Fisch für die Versorgung mit Omega-3-Fettsäuren aus dem Meer nicht in Frage kommen, so kann auf Mikroalgenöl bzw. auf Eier ausgewichen werden." Loma Linda University ist eine gesundheitswissenschaftliche Universität in Südkalifornien. Sie ist für ihre Forschungsarbeiten im Bereich Ernährung und Lebensführung im Zusammenhang mit chronischen Krankheiten bekannt.

Quelle: US Food and Drug Administration - <http://www.fda.gov/>

Rein vegetarische Kost kann Kindern schaden

Eine vegetarische Ernährung kann für Kinder sehr problematisch werden. Oft droht eine Unterversorgung mit lebenswichtigen Vitaminen und Mineralstoffen, die in tierischen Produkten wie Fleisch, Milch und Eiern enthalten sind. Häufig können diese Nährstoffe gerade aus diesen Nahrungsmitteln am besten vom Organismus aufgenommen werden.

Während bei einer Ernährung, bei der neben pflanzlichen Lebensmitteln täglich Milchprodukte und Eier auf dem Speiseplan stehen (so genannte ovo-lakto-vegetabile Kost), nur auf Fleisch verzichtet wird, lehnen strenge Vegetarier (Veganer) den Verzehr aller tierischen Produkte ab. Ihnen mangelt es deshalb nicht nur an Eisen und Zink wie den Ovo-Lakto-Vegetariern, sondern auch an Kalzium und den Vitaminen D, B2 und B12. Auf Kinder im Wachstum wirkt sich dieser Mangel besonders schwer aus. Bei einer rein vegetarischen Ernährung muss daher auf eine besonders geschickte Lebensmittelauswahl geachtet werden, um solche Defizite auszugleichen.

Quelle: IME - Informationskreis Mundhygiene und Ernährungsverhalten - <http://www.imeonline.de/>

Foto-Archivierung

Wie Rohdaten lange frisch bleiben

Wer digital fotografiert, hat zumindest bei besseren Kameras die Wahl zwischen JPEG und Raw als Bildformat. Welche Formate Software in zehn Jahren noch unterstützt, weiß derzeit niemand - einige haben aber gute Chancen. Das Fachmagazin c't gibt Tipps für die Langzeit-Archivierung. Auch wenn Raw das qualitativ beste Aufnahmeformat ist, kann es dem Archivar später einigen Kummer bereiten. Die unzähligen Raw-Varianten sind in puncto Kompatibilität äußerst problematisch.

Artefakte: Wenn man ein Bild übermäßig komprimiert, produziert das JPEG-Format solche Darstellungsfehler. Ob in zehn oder 20 Jahren die Bildbearbeitungsprogramme noch jedes heute topaktuelle Raw-Format lesen können, steht in den Sternen. Schon jetzt brauchen Lightroom & Co. regelmäßige Updates, wenn neue Kameras auf den Markt kommen. Wer halbwegs zukunftssicher archivieren möchte, sollte zumindest prüfen, ob eine Konvertierung von Raw in ein anderes Format wie beispielsweise TIFF oder DNG sinnvoll ist. Und was ist mit dem viel versprechenden JPEG 2000, das einige Vorteile gegenüber JPEG hat? Wir klopfen die wichtigsten Bildformate hinsichtlich ihrer Eignung für die Archivierung ab.

JPEG - unkompliziert, verlustbehaftet

Für Archivierungszwecke scheint das JPEG-Format auf den ersten Blick die ideale Lösung zu sein. Dank Kompression sind die Bilddateien vergleichsweise klein, damit lassen sich auch große Bildarchive mit überschaubaren Investitionen abspeichern. Auch bei der Kompatibilität kann JPEG überzeugen. Sowohl Digitalkameras als auch Bildbearbeitungsprogramme unterstützen JPEG. Bei der Bildqualität sieht es allerdings deutlich weniger rosig aus. Alle Kompressionsstufen sind verlustbehaftet. Wer ein Bild als JPEG speichert, verschenkt immer Bildinformationen. Je höher die Komprimierungsrate ist, desto weniger bleibt von der ursprünglichen Bildinformation übrig. Außerdem unterstützt JPEG nur eine Farbtiefe von 8-Bit pro Bildkanal. Gängige Sensoren digitaler Spiegelreflexkameras haben 12 bis 14 Bit, was das JPEG-Format durch die Beschränkung auf 8-Bit nicht adäquat abbilden kann.

Dennoch erfreut sich das JPEG-Format durch sein unkompliziertes Handling großer Beliebtheit. Im JPEG-Modus führen die Kameras grundlegende Bildbearbeitungsschritte wie Kontrastoptimierung und Unschärfmaskierung selbstständig durch. Der Anwender muss nur einen Knopf drücken, der Rest läuft vollautomatisch ab. Verglichen mit der manuellen Nachbearbeitung, die bei Rohdaten regelmäßig anfällt, ist das sehr komfortabel. Auch Profifotografen setzen daher in Abhängigkeit von der jeweiligen Aufgabenstellung durchaus JPEG ein, zum Beispiel bei Serienbildaufnahmen.

Im Rohdatenformat läuft der kamerainterne Pufferspeicher zügig voll und führt schnell zu einer Unterbrechung der Aufnahmeserie. Mit den kleineren JPEG-Bildern passiert das nicht, daher ist beispielsweise für Sportfotografen JPEG in vielen Situationen das Format der Wahl. Da JPEG auch im Internet ein Standardformat für Bilder ist, wird seine Bedeutung in absehbarer Zukunft wohl erhalten bleiben. Wer mit Einschränkungen hinsichtlich der Bildqualität leben kann, findet in JPEG ein unkompliziertes und weitverbreitetes Bildformat, das sich von Haus aus auch wegen EXIF-, IPTC- und XMP-Metadaten-Unterstützung gut für das digitale Bildarchiv eignet. Für die Konvertierung von JPEG-Aufnahmen in ein anderes Format gibt es - zumindest bei der Archivierung - keinen sinnvollen Grund. Wer in Raw fotografiert, wird diese Aufnahmen auch in Raw archivieren wollen. Aber es empfiehlt sich, parallel den Raw-Bildbestand als JPEG zu speichern. Das kostet nicht viel Speicherplatz und damit ist man nach heutigem Stand auch zukunftssicher aufgestellt.

JPEG 2000 - gute Idee, unglückliche Umsetzung

Das vergleichsweise neue Format JPEG 2000 schlägt sich in einigen Punkten wesentlich besser als sein Vorgänger JPEG. So ist beispielsweise die Kompressionsqualität von JPEG 2000 besser als bei JPEG. Außerdem gibt es eine verlustfreie Kompressionsstufe und JPEG 2000 unterstützt 16 Bit Farbtiefe pro Farbkanal. Durchgesetzt hat es sich am Markt bislang nicht, sondern versteckt sich in einigen Marktnischen.

Ein Hemmnis für das Format sind Lizenzansprüche. Für freie Software ist es deshalb schwierig, JPEG 2000 zu unterstützen, was der Verbreitung des Formats entgegensteht. Aber auch bei proprietärer Software

lässt die Verbreitung zu wünschen übrig. Marktführer Adobe zeigt beispielsweise sein eher gedämpftes Interesse an diesem Standard, indem es JPEG 2000 auch bei CS4 immer noch nicht nativ, sondern nur über ein optionales Plug-in unterstützt.

Auch bei Kameras konnte sich JPEG 2000 noch nicht verbreiten, Schuld daran ist der erheblich höhere Rechenaufwand verglichen mit JPEG. Für Fotografen gibt es jedenfalls keinen triftigen Grund, ihre JPEG- oder Raw-Bilder in JPEG 2000 zu konvertieren oder gar zu archivieren. JPEG 2000 beherrscht übliche Metadatenformate.

PNG - offenes, etabliertes Format mit Achillesferse

Bei einem flüchtigen Blick in die Spezifikation von PNG könnte man es für das ideale Format halten: PNG unterstützt nicht nur Farbtiefen von bis zu 16 Bit pro Kanal, sondern - ebenso wie JPEG 2000 - auch eine verlustfreie Bildkomprimierung. Anders als bei JPEG 2000 gibt es für PNG keine Lizenzbeschränkungen, wodurch sich das Format als eines der Standard-Bildformate im Internet etablieren konnte. PNG kennt XMP-Metadaten, nicht aber EXIF und IPTC. Je nach gewähltem Metadatenformat schränkt das bei der Organisation und Verwaltung größerer Bilddatenbanken zu sehr ein.

TIFF - ein Bildformat wie eine Wundertüte

TIFF ist strenggenommen kein fest definiertes Bildformat, sondern eher eine Formathülle, die für die unterschiedlichsten Zwecke genutzt werden kann. Allein an der Dateiendung .tif oder .tiff kann man nicht erkennen, um welchen Typ es sich handelt. TIFF ist also eine Wundertüte, erst beim Öffnen merkt man, welches konkrete Format sich dahinter verbirgt. Inzwischen existiert eine so unüberschaubare Vielzahl an TIFF-Varianten, dass es kaum noch einen Bildeditor gibt, der alle vollständig unterstützt. Der Fotograf kann beispielsweise in Photoshop unter einer Reihe von Optionen wählen, so hat er bei der Farbtiefe die Wahl zwischen 8- und 16-Bit pro Farbkanal. Neben LZW-, ZIP-, JPEG-Komprimierung, Interleaved und Pro Kanal Pixel Anordnung stehen noch verschiedene Varianten für Ebenenkomprimierung zur Verfügung und die Byte-Anordnung kann entweder für IBM PC oder Macintosh optimiert werden. TIFF unterstützt zudem Metadaten wie IPTC oder EXIF.

Auch die Hersteller von Kameras und Scanprogrammen nutzen TIFF fleißig. Silverfast setzt TIFF-Dateien etwa für 48-Bit Scans oder für unkorrigierte HDR-Rohdaten ein. Bei den Digitalkameras ist TIFF hingegen kaum noch präsent, diese produzieren eher JPEG- oder Raw-Bilder. Aktuell spielt TIFF eine wichtige Rolle in der Bildnachbearbeitung, da die wenigsten Rohdatenformate einen schreibenden Zugriff erlauben. Trotz der Vielzahl der TIFF-Varianten hat sich TIFF in der Druckvorstufe als universelles Dateiaustauschformat bewährt. Mit Baseline TIFF gibt es eine Mindestspezifikation, die jedes TIFF-fähige Programm beherrschen muss. Somit ist die Kompatibilität in der Regel gewährleistet.

Für die Archivierung von Bildaufnahmen zeichnet sich jedoch ein ambivalentes Bild dieses Formats. TIFF-Bilder belegen deutlich mehr Speicherplatz als die ursprünglichen Rohdaten, enthalten aber weniger Bildinformationen als diese. TIFF kennt die wichtigen Metadatenformate EXIF, IPTC und XMP. Die verlustfreie Speicherung der Bilddaten ist, abgesehen von der Metadaten-Unterstützung, der einzige Pluspunkt, den TIFF verbuchen kann. Weil die Bildkorrekturen der Kamera (wie beispielsweise der Weißabgleich) fest in die Datei eingerechnet werden, ist die Bildnachbearbeitung von TIFF nur eingeschränkt möglich. In diesem Punkt ist das Format allenfalls etwas weniger schlecht aufgestellt als JPEG und hat gegenüber Adobe DNG oder den proprietären Dateiformaten das Nachsehen. In puncto Kompatibilität ist TIFF zwar besser als die proprietären Raw-Formate, aber durch die vielen TIFF-Varianten sind auch hier Kompatibilitätsprobleme nicht auszuschließen, schon gar nicht für die ferne Zukunft. In der Summe sprechen daher mehr Gründe gegen den Einsatz von TIFF als Archivformat als dafür.

Raw - beste Qualität, schlechte Kompatibilität

Mit Rohdaten bekommt man die ungefilterte Bildinformation des Kamerasensors und hat damit die volle Palette an Nachbearbeitungsmöglichkeiten. Unbearbeitet ist die Rohdatei allerdings eher unansehnlich, ein vorzeigbares Bild muss man erst manuell aus der Rohdatei entwickeln. Wer maximale Qualität aus seinen Fotos herauskitzeln möchte, hat keine ernsthafte Alternative zur Aufnahme im Raw-Format. Dafür ist dann

aber auch in Kauf zu nehmen, dass die Bilder zuerst mit einem Konverter geöffnet werden müssen, ehe man sie in die Bildbearbeitung importieren kann.

Da es immer noch keinen einheitlichen Standard für Rohdaten gibt, ist die zukunftssichere Archivierung von Raw nicht gegeben. Den schwarzen Peter hierfür verdienen die Kamerahersteller, denn diese setzen bei Rohdaten in breiter Front auf proprietäre Standards. Nahezu jeder Hersteller kocht sein eigenes Süppchen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Rohdatenformate sogar bei ein und demselben Hersteller von Kameramodell zu Kameramodell ändern. Allein Nikon pflegt mit NEF-Original, NEF Compressed, NEF Scanned und NEF Converted vier verschiedene Hauptvarianten, von den unzähligen kameraspezifischen Abwandlungen ganz zu schweigen. Folge: Kaum eine Anwendung kann heute beliebige Raw-Daten anzeigen, in Zukunft wohl schon gar nicht. Die jeweiligen Raw-Formate unterstützen in der Regel IPTC- und EXIF-Informationen. Aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Raw-Formate lässt sich aber keine generelle Aussage zu deren Nutzbarkeit in unterschiedlichen Anwendungen treffen, was einer problemlosen Archivierung entgegensteht.

Bei Nikon zum Beispiel müssen unabhängige Softwareentwickler bei jedem neuen Kameramodell in mühseliger Kleinarbeit per Reverse-Engineering die Spezifikationen herausfinden. 2005 hat Nikon mit der damals brandaktuellen D2x diesbezüglich noch ein Schüppchen draufgelegt: Die Weißabgleichswerte zur Zeit der Aufnahme waren bei der D2x verschlüsselt, hier hatte Nikon also wichtige Informationen bewusst zurückgehalten. In dem Entrüstungssturm der daraufhin durch die Presselandschaft fegte, blieb allerdings weitgehend unbeachtet, dass Nikon mit dieser restriktiven Linie nicht alleine stand. Sony hatte die Rohdaten schon 2003 verschlüsselt. Eine solche Herstellerpolitik ist Gift für eine langfristige Archivierung. Um sein Archiv zukunftssicher anzulegen, empfiehlt es sich daher, die proprietären Rohdaten in ein anderes, unproblematischeres Format zu konvertieren. Idealerweise speichert man die konvertierten Dateien und die ursprünglichen Rohdaten parallel. Denn wer auf maximale Qualität Wert legt, hat derzeit keine Alternative zu proprietären Rohdaten.

DNG - auf dem Weg zum Rohdaten-Standard?

Um dem Formatwirrwarr der Kamerahersteller bei Rohdaten ein Ende zu bereiten, ist Adobe vor einiger Zeit mit dem offenen Digital Negative (DNG) Format in die Bresche gesprungen als Vorschlag eines herstellerübergreifenden Standardformats für Rohdaten. Mit einem Konverter wie beispielsweise Adobe Camera RAW konvertiert man eine proprietäre Raw-Datei in das DNG-Format. Anders als bei TIFF oder JPEG handelt es sich bei DNG um ein echtes Rohdatenformat, es soll durch die Umwandlung - so jedenfalls die zugrunde liegende Idee - keinerlei Datenverluste geben.

Selbst wenn Kameras unterschiedlicher Hersteller zum Einsatz kommen, kann man dank DNG in allen Fällen mit ein und demselben Datenformat arbeiten. Weil Adobe die Spezifikationen für DNG offengelegt hat, stehen die Chancen gut, dass sich DNG zumindest bei der Archivierung mittelfristig durchsetzen könnte. An der Konvertierung wird aber bis auf Weiteres kein Weg vorbeiführen, denn nur Hasselblad, Leica, Ricoh und Samsung unterstützen derzeit das Format in nennenswertem Umfang. Insbesondere Nikon und Canon zögern, auf den offenen Standard umzuschwenken. Doch da DNG erst 2004 vorgestellt wurde, fällt eine Einschätzung für die Zukunft schwer. Das Format hat zwar schon eine relativ weite Verbreitung erreicht - viele Bildbearbeitungsprogramme und Bilddatenbanken unterstützen inzwischen den Standard -, von einer mit JPEG vergleichbaren Kompatibilität ist DNG jedoch noch weit entfernt.

Man sollte allerdings darauf gefasst sein, dass Konverter trotz DNG-Format in der ein oder anderen exotischen Konstellation gegenüber proprietären Programmen Funktionseinschränkungen aufweisen. Das gilt beispielsweise für Scanprogramme wie VueScan, das schon seit einiger Zeit DNG unterstützt. In VueScan kann man parallel zu den RGB-Farbkanälen den Infrarotkanal mit den Informationen zur Kratzerentfernung Infrared Clean speichern. Wenn man diese DNG-Scandatei wieder mit VueScan öffnet, kann man die Kratzerentfernung durchführen, ohne noch einmal neu scannen zu müssen. Wenn man die gleiche DNG-Datei mit einem Konverter wie Adobe Camera RAW öffnet, steht einem diese Option nicht zur Verfügung. Aber auch bei Bildern aus Digitalkameras ist Adobe DNG eher als kleinster gemeinsamer Nenner anzusehen. Im Einzelfall kann die Bildqualität des proprietären Raw in Verbindung mit dem dazugehörigen Original-Konverter des Herstellers überlegen sein. Außerdem stehen bestimmte Features des Originalkonverters un-

ter DNG oft nicht mehr zur Verfügung. Ein Beispiel hierfür sind automatische Fehlerkorrekturen für bestimmte Objekttypen bei Canon, die unter DNG in dieser Form nicht mehr möglich sind.

Bei den Kameras wird sich DNG in absehbarer Zeit wohl nicht durchsetzen, aber bei der Archivierung kann DNG auch dank EXIF-, IPTC- und XMP-Unterstützung schon heute nützliche Dienste leisten. Aufgrund der Vielzahl proprietärer Raw-Formate sollte man sich allerdings nicht blind darauf verlassen, dass die Metadaten die Konvertierung in jedem Fall unverändert überstehen. Die Original-Rohdaten sollte man in jedem Fall behalten, da DNG nicht mehr als ein kleinster gemeinsamer Standard für Rohdaten ist. Gerade solche Hersteller, die Spezifikationen für ihre Rohdaten nicht offenlegen, haben bei der Entwicklung von eigenen Konvertern einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil.

Fazit

Gegenwärtig muss man sich bei der Archivierung zwischen bestmöglicher Qualität oder bestmöglicher Kompatibilität entscheiden - oder in mehreren Formaten archivieren. Bei höchstem Qualitätsanspruch hat man nach wie vor keine andere Wahl, als die proprietären Rohdaten aus der Kamera zu sichern. Mit Adobe DNG gibt es zwar inzwischen einen Rohdatenstandard, der den proprietären Standards mittelfristig Konkurrenz machen kann, aber er ist eher als kleinster gemeinsamer Nenner anzusehen. Ob und in welchem Umfang sich DNG tatsächlich als feste Marktgröße etablieren wird, kann man erst in einigen Jahren sagen. In der Zwischenzeit ist DNG immerhin ein guter Kompromiss zwischen Bildqualität und Kompatibilität und für die Archivierung durchaus zu empfehlen, zumal das Format alle wichtigen Metadatenstandards kennt.

Wer nur mit überschaubarem Aufwand seine Bilder für die Nachwelt archivieren möchte, ist mit JPEG nach wie vor gut bedient. In fünfzig Jahren ist es vielleicht weniger wichtig, ob der Weißabgleich eines Bildes optimal gelungen ist oder die Tonwertkurve einer Korrektur bedarf. Wichtig wird dann vor allem sein, dass man die Bilder überhaupt als solche erkennen und problemlos öffnen kann. Je nach Anspruch und anfallenden Daten kommt man bei der Archivierung also nicht drum herum, seine Raw-Daten, die daraus entwickelten JPEGs und eventuell noch DNG-Bilder zu speichern.

Gefunden in: c't Magazin für Computertechnik special Digitale Fotografie © c't Heise Zeitschriften Verlag, Hannover.

Quelle: <http://www.heise.de/ct/>

Wenn Dateien altern: Digitale Bilder als Dias retten

Digital-Fotos sind zur Selbstverständlichkeit geworden - auf Dauer kann dabei jedoch veraltete Hardware und nicht kompatible Software zum Problem werden.

Für eine Langzeit-Archivierung von Digitalfotos ist daher ein vermeintlicher technischer Rückschritt hilfreich: das Ausbelichten der Bilddateien auf Diafilm. Das berichtet die Zeitschrift "c't" in einem Sonderheft "Digitale Fotografie". Den Angaben zufolge haben sich Dienstleister wie File2slide.de, Diapix.de oder Diaspezial.de auf solche Arbeiten spezialisiert. Allerdings lohne sich die Ausbelichtung meist nur für wichtige Motive, da für die Umwandlung pro Bild etwa 50 Cent fällig werden.

- Dia-Belichtungsdienst I: <http://www.File2slide.de>
- Dia-Belichtungsdienst II: <http://www.diapix.de>
- Fotofachlabor für Umkehrtechnik: <http://www.dia-spezial.de>

Jimdo präsentiert 10 Online-Tools zum Sparen

Voller Einsatz trotz schmalem Budget – das Web 2.0 macht's möglich! Dank der Online-Tools zahlreicher Anbieter muss man künftig nicht mehr an den falschen Ecken und Enden sparen. Mit den folgenden zehn kostenlosen oder günstigen Tools können Selbstständige, Unternehmen und Privatpersonen unnötige Ausgaben vermeiden.

1.) Der Netz-Buchhalter: Billomat

Angebote und Rechnungen online schreiben und direkt verschicken; auf Wunsch sogar mit gebrandetem Briefpapier. Wie bei klassischen CRM (Customer Relationship Management)-Systemen werden alle Daten dem jeweiligen Kunden zugeordnet – Übersichtlichkeit garantiert! <http://billomat.com/>

2.) Das Show-Talent: Prezi.com

PowerPoint-Präsentationen sind out. Wer mit einer Präsentation wirklich Eindruck hinterlassen will, der nutzt Prezi.com. Anders als bei klassischen Folien-Präsentationen wird bei Prezi in die Details hinein- und wieder herausgezoomt. <http://prezi.com/>

3.) Online-Präsenz: Jimdo

Wer nicht im Netz gefunden wird, existiert heutzutage nicht - die eigene Webseite ist daher ein absolutes Muss. Mit Jimdo kann sich jeder ohne Vorkenntnisse per Baukastenprinzip seine Profi-Webpräsenz einrichten. <http://de.jimdo.com/jimdopro>

4.) Der Analyst: Google Analytics

Ein praktisches Angebot aus der Google-Familie ist das Statistik-Tool Google Analytics, einsetzbar für die eigene Webseite. Eine ausführliche Analyse der Webseiten-Statistiken hilft, die Web-Präsenz ständig zu verbessern und Erfolge zu kontrollieren. <http://analytics.google.com/>

5.) Der Kassenwart: Paypal

Mit allein 10 Millionen deutschen Nutzern zählt Paypal zu den wichtigsten E-Payment-Anbietern. Auf Waren, die über eine Paypal Shop-Lösung verkauft werden, hat bei 31 Millionen deutschen Online-Shoppern¹, damit jeder Dritte problemlos Zugriff.

https://www.paypal.com/de/cgi-bin/webscr?cmd=_home-merchant&nav=2

6.) Der Grafik-Designer: Aviary

Bildbearbeitungsprogramme wie Photoshop sind teuer und verlangen einiges an Vorkenntnissen. Der Online-Dienst Aviary ist günstiger, übersichtlich in verschiedene Bereiche aufgeteilt (z.B. klassische Bildbearbeitung, Effekte etc.) und dank vieler Tutorials für Einsteiger geeignet. <http://aviary.com/>

7.) Texter, Rechner und mehr: Google Docs

Eine günstige Alternative zu Textverarbeitungsprogrammen bietet Google mit seinem "Docs"-Angebot: Textdokumente, Präsentationen, Tabellendokumente oder Formulare – alles dabei. Praktisch: Je nach Freigabe können mehrere Nutzer an einem Dokument arbeiten. <http://docs.google.com/>

8.) Der Protokollant: Mindmeister

Nie wieder wertvolle Geistesblitze verlieren! Das Mindmapping-Tool Mindmeister hält nicht nur kreative Ergüsse fest und erlaubt mehreren Kollegen an den MindMaps zu arbeiten, sondern hilft auch bei der strukturierten Aufgabenverteilung. <http://mindmeister.com/>

9.) Der persönliche Assistent: Highrise

Highrise ist ein günstiges Online-CRM (Customer Relationship Management). Highlight: Gespeicherte Kontakte und die passende "Historie" können von allen Mitarbeitern mit Highrise-Zugang eingesehen werden. <http://www.highrisehq.com>

10.) Die Kommunikations-Zentrale: Skype

Bares Geld sparen und über Skype mit allen Partnern kostenlos telefonieren, chatten oder Videokonferenzen halten. Praktisch: Auch unterwegs kann man Skype über das Handy nutzen. Alternativ funktionieren auch Gespräche von Skype ins Festnetz oder Ausland – wesentlich günstiger als die meisten Tarife. <http://skype.com/>

Über Jimdo: `Jimdo – Pages to the People.` (<http://www.jimdo.de>) im Februar 2007 von den drei Jungunternehmern Christian Springub, Fridtjof Detzner und Matthias Henze ins Leben gerufen. Bereits 2004 gründeten sie auf einem alten Bauernhof die Firma NorthClick, in der sie die Software entwickelt haben, die heute die Grundlage für Jimdo bildet. Ursprünglich war diese Software nur für Firmen gedacht. Zahlreiche Anfragen von Freunden und Bekannten brachten sie auf die Idee der kostenlosen Jimdo-Page.

Quelle: <http://www.jimdo.com>

DSL

WLAN für schnelles Internet ohne Kabelsalat

Zusammen mit einem neuen DSL-Anschluss oder -Upgrade erhält man in der Regel eine neue, oft kostenfreie Hardware. Vor Vertragsabschluss sollte man prüfen, ob dieses neue Gerät auch zu den eigenen Bedürfnissen passt. "Gerade für Familien oder Wohngemeinschaften ist es ratsam, einen DSL-Router mit WLAN-Schnittstelle zu wählen, da hier relativ einfach und schnell mehrere PCs ohne störenden Kabelsalat angeschlossen werden können", rät Björn Brodersen vom Onlinemagazin <http://www.teltarif.de>. Ebenso schätzen Nutzer mit mehreren Notebooks, Netbooks oder einem Smartphone WLAN-Netze, kommen sie doch damit kostenfrei oder kostengünstig ins Internet.

Um beim Netzwerk zuhause zukunftssicher auch für steigende Bandbreiten und neue Dienste wie Internetfernsehen gerüstet zu sein, sollte man außerdem darauf achten, dass der Router über eine moderne WLAN-Technologie verfügt. "Für einwandfreie Verbindungen sollte das Gerät mindestens über den sogenannten WLAN G-Standard verfügen, der für ruckelfreie Musik- oder Videodownloads genügt", sagt Brodersen. Am schnellsten ist momentan der N-Standard, der selbst noch bei Störfaktoren wie z. B. Elektrogeräte, Wände oder andere Netzwerke auf eine Datenübertragungsrate von 70 bis 80 MBit/s kommt. Router und Empfänger sollten grundsätzlich möglichst denselben WLAN-Standard unterstützen - wenn doch nicht, einigen sich die Geräte auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Gibt es in der Wohnung Probleme mit der WLAN-Reichweite, kann diese durch Einsatz eines sogenannten Repeaters verbessert werden. Solche WLAN-Repeater kosten ab 50 Euro im freien Handel.

Ist das heimische Netzwerk installiert, muss man unbedingt noch an dessen Sicherung denken. Um den unerwünschten Zugriff Dritter auf die heimischen Daten zu verhindern, sollte man das WLAN-Netz unbedingt bei der Einrichtung verschlüsseln. Hierzu liefert der Anbieter einen mehrstelligen Netzwerkschlüssel mit, den man auf Wunsch durch ein eigenes Passwort ersetzen kann.

Quelle: <http://www.teltarif.de>

Sicher mit dem Auto in den Urlaub

SEAT Rennfahrerin Christina Surer gibt zehn Tipps für die Urlaubsfahrt.

Die Urlaubszeit hat begonnen und viele fahren mit dem Auto in den wohlverdienten Jahresurlaub. Damit die schönsten Tage des Jahres auch von Beginn an schön werden, hier die wichtigsten Reisetipps von der SEAT Rennfahrerin Christina Surer:

1. "Die Reisedokumente vor dem Urlaubsantritt einscannen und dann als Email an die eigene Adresse senden." So kann man weltweit aus einem Internetcafé auf die Datei zurückgreifen und sich die Dokumente bei Verlust ausdrucken lassen.
2. Der Technikcheck am Fahrzeug ist ebenso wichtig wie ein vorschriftsmäßiger Verbandskasten, den man im Notfall auch schnell findet. Wie SEAT bieten auch viele andere Fahrzeughersteller spezielle Urlaubsschecks für das Fahrzeug an.
3. Der Luftdruck beeinflusst das Fahrverhalten sehr stark. "Wichtig ist, dass man den Luftdruck noch einmal überprüft, wenn man das Auto voll beladen hat."
4. Verbandskasten und Warndreieck müssen sich an einer leicht zugänglichen Stelle befinden. Nicht unter dem Gepäck und für alle Fälle gut greifbar. "Wichtig ist auch, dass das Verfallsdatum nicht abgelaufen ist. Wenn Sie sich nicht sicher sind, gehen Sie zur Apotheke. Dort berät man Sie gerne."
5. Schweres Gepäck und auch Tiere können im Auto bei einem Unfall oder starkem Bremsen zu schweren Verletzungen führen und sollten daher gut gesichert werden. Für Gepäck gilt hier: schwere Dinge nach unten und leichtes Gepäck wie beispielsweise Jacken nach oben. Die Hutablage sollte für Gepäck generell tabu sein, da bei starkem Bremsen die Gegenstände zu Geschossen werden können. Tiere sollten in speziellen Tierboxen oder Vorrichtungen reisen. "Wenn man stark bremsen muss, kann aus einem Schoßhund ein kleiner Elefant werden. Zeigen Sie Ihrem Hund oder Ihrer Katze die Tierbox schon einige Zeit vor der Fahrt. Dann kann sich Ihr Haustier bereits ein wenig an die Situation gewöhnen."
6. Die optimale Reiseroute finden Sie im Internet oder über moderne Navigationssysteme, die auch Stauwarnungen anzeigen und umgehen können. In vielen Fahrzeugen sind Navigationsgeräte bereits eingebaut. Auch gibt es mobile Navigationsgeräte, die wie beim SEAT Ibiza per Adapter mit dem Fahrzeug verbunden werden können oder mit Hilfe eines Saugnapfs an der Windschutzscheibe ihren Platz finden.
7. Für alle Fälle hilft eine konventionelle Karte. "Auch wenn ein Navigationsgerät genutzt wird, sollte eine Karte immer dabei sein. Damit man sich immer orientieren und nachsehen, wo man außerdem noch hinfahren kann."
8. Christina Surer fährt auch 24-Stunden-Rennen und weiß dadurch besonders gut, welche Rolle die Ernährung für die körperliche Fitness spielt. "Es ist wichtig, dass man genug Wasser trinkt, dass man nicht unbedingt eine Schweinshaxe isst, sondern etwas Leichtes, Früchte oder ein gesund belegtes Brötchen."
9. Zu welcher Tageszeit man seine Fahrt in den Urlaub antritt, ist nicht besonders wichtig, nur sollte man auf jeden Fall ausgeruht starten. Planen Sie schon vor Antritt der Fahrt auch feste Pausen ein. Als Faustregel gilt hier: alle zwei Stunden eine kurze Pause.
10. Im Ernstfall ist die richtige Sitzposition hinter dem Steuer besonders wichtig, sonst hält man sich fest anstatt zu lenken. "Die Hände gehören ans Lenkrad in der 9-Uhr-3-Uhr-Stellung. Außerdem sollte man die Kopfstütze einstellen und sich immer anschnallen"

Quelle: <http://www.seat-it-services.de>

Mit dem Auto ins Ausland

Erst informieren, dann starten

TÜV Rheinland empfiehlt: Genau über Verkehrsregeln in anderen Ländern informieren Unwissen schützt nicht vor Strafe

Auch wenn viele Regeln im europäischen Straßenverkehr ähnlich gestaltet sind, gibt es doch von Land zu Land sehr unterschiedliche Vorschriften. Dabei steckt der Teufel oft im Detail. Um teure und ärgerliche Strafen zu vermeiden, sollte man sich deshalb nach Empfehlung der TÜV Rheinland-Kraftfahrt-Experten vor dem Start genau über die Regeln im Reiseland informieren. Denn: Unwissen schützt nicht vor Strafe. Auf Nummer Sicher geht, wer sich bei den Konsulaten der jeweiligen Länder oder über die Fremdenverkehrsämter informiert. Im Internet gibt es zudem viele Tipps auf der Seite von TÜV Rheinland unter <http://www.tuv.com> (Stichwortsuche: "Autofahren im Ausland"). Auch Automobilklubs geben Reisehinweise für Auto- und Motorradfahrer.

Die Bandbreite der kleinen Tücken im Reiseverkehr ist groß. In einigen Ländern gibt es beispielsweise auf Autobahnen und Schnellstraßen neben dem generellen Tempolimit je nach Tageszeit oder Witterungsverhältnissen abweichende Geschwindigkeitsbeschränkungen. Neben Geschwindigkeitsverstößen können insbesondere Alkoholdelikte richtig teuer werden. Beispiel Italien: Bei mehr als 1,5 Promille Alkohol im Blut können die Ordnungshüter das Auto oder Motorrad enteignen und zwangsversteigern lassen. Ähnlich drakonisch gehen die Spanier vor: Wer über 60 km/h zu schnell unterwegs ist oder mit über 1,2 Promille erwischt wird, riskiert einen Gefängnisarrest von mindestens drei Monaten.

Auch Warnwesten sollten inzwischen zur Standardausrüstung für Autourlauber gehören. Sie sind etwa in Österreich, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Italien, Spanien, Bulgarien, Kroatien, Slowenien und der Slowakei bereits vorgeschrieben. Die gelben oder orangefarbenen Westen müssen über das europäische Prüfzeichen EN 471 verfügen und sind unter anderem an allen Servicestationen des TÜV Rheinland zu kaufen.

Telefonieren am Steuer wird mitunter ebenfalls zu einem teuren Spaß: Während in Deutschland das Telefonieren ohne Freisprecheinrichtung 40 Euro plus ein Punkt in Flensburg kostet, kassieren die Niederländer 150 Euro, die Italiener mindestens 155 Euro. In Spanien ist sogar die Verwendung von Head-Sets untersagt.

Quelle: <http://www.tuv.com>

Mit Tarnkappe durchs Web dank Anonymouse.org

Anonym und unerkant im Web unterwegs zu sein, ist gar nicht so leicht. Obwohl viele Browser einen so genannten Privatmodus anbieten (beim Internet Explorer "InPrivate" getauft), surft man deswegen nicht wirklich anonym.

Zwar hinterlässt der Browser im Privatmodus auf dem eigenen Rechner keine verwertbaren Spuren ganz unerkant spaziert damit im Normalfall trotzdem niemand durchs Internet. Denn die Betreiber angestuerter Webseiten erfahren bis ins Detail, woher der Seitenaufruf stammt, welches Betriebssysteme und welcher Browser verwendet wird, wie die IP-Adresse des Besuchers lautet und einiges mehr.

Wer diese Form der Datensammlung vermeiden will, kann sich mit Anonymisierern helfen. Die gaukeln den Betreibern einen anderen Absender vor und verschleiern so die wahre Herkunft des Nutzers. Mit dem Onlineservice anonymouse.org gelingt das ganz einfach: Nur die Zieladresse eingeben und auf "Anonym surfen" klicken. So entsteht kein persönlicher Digital-Fingerabdruck, der Seitenbetreiber erfährt lediglich die Daten des Anonymisierungsdienstes. Wie die hinterlassenen Spuren mit und ohne Tarnkappe aussehen, zeigen die Links "Deine Aufrufkarte mit/ohne Anonymouse". Allerdings erscheinen beim anonymisierten Surfen kleine Werbefenster, die den kostenlosen Dienst refinanzieren sollen.

Quelle: <http://anonymouse.org>

Rätseln des Alltags auf der Spur

Code-knacker.de

Was bedeutet der mysteriöse Zahlencode "185/70 R 14 84 T E4 CSR" auf einem Autoreifen? Warum soll ausgerechnet der Kaminfeger Glück bringen? Diese und viele Fragen mehr werden auf der Webseite code-knacker.de beantwortet.

Webseiten-Betreiber Jürgen Kohlenberg aus München trägt hier Abkürzungen, Codes, Symbole und Synonyme zusammen und erklärt, was sich dahinter verbirgt. Wer die Seite ansurft, der erfährt, dass die genannte Kombination auf einem Reifen unter anderem dessen Breite und den Querschnitt sowie den Felgendurchmesser wiedergibt. Und Schornsteinfeger werden als Glücksbringer angesehen, da ihre Arbeit dazu dient, die Bewohner vor möglicherweise verheerenden Bränden zu schützen.

Neben hilfreichen Erklärungen - beispielsweise zu Batteriegrößen oder Handelsklassen von Lebensmitteln - finden sich auf der Seite auch Skurrilitäten: etwa ein Lexikon, mit dessen Hilfe die Anwender Kontaktanzeigen entschlüsseln können. Wer sich in solchen Inseraten etwa als unterhaltsam beschreibt, redet code-knacker.de zufolge ohne Punkt und Komma. Und Frauen, die sich als Lady bezeichnen, sind der Seite nach bereits seit 20 Jahren 40.

Die Erläuterungen sind in Kategorien eingeteilt, lassen sich aber auch nach dem Alphabet sortieren. Eine Suchfunktion ermöglicht zudem die Suche nach Schlagwörtern. Optisch ist die Seite zwar kein Genuss. Dafür können aber selbst Nutzer, die gar nicht hartnäckig versuchen, einen bestimmten Code zu knacken, beim Stöbern ihren Spaß haben - wenn sie etwa herausfinden, dass der Begriff "Stalking" aus der Jägersprache kommt oder, dass Otto Normalverbraucher in Frankreich Jean Dupont heißt.

Quelle: <http://www.code-knacker.de>

Kleinbetriebe: Stabile Arbeitsplätze

Im Jahr 2005 arbeiteten etwa 70 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland in kleinen Betrieben mit unter 250 Beschäftigten. Kleine und mittlere Unternehmen - und dazu gehören die Freien Berufe -bieten der Gesellschaft eine regional gesicherte Arbeitsplatzstabilität.

In einem Zehnjahresvergleich hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) einen Arbeitsplatzrückgang insgesamt festgestellt. Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten haben fast 26 Prozent abgebaut, bei der Größenordnung zwischen 250 und 499 Arbeitnehmern waren es 8 Prozent, bei kleinen und mittleren Unternehmen unter einer Beschäftigtenzahl von 250 Mitarbeitern nur rund 2 Prozent.

Quelle: PKM Journal

Gutverdiener stemmen soziale Sicherung

Die Reichen beteiligen sich kaum an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben, die Mittelschicht hat wegen der hohen Steuerlast nichts von staatlichen Geldgeschenken, und den Bedürftigen wird die Unterstützung ständig gekürzt. Diese gängigen Klischees hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln in einem längerfristigen Forschungsprojekt hinterfragt und dabei mit einigen Vorurteilen aufgeräumt: Der deutsche Sozialstaat erfüllt seine Aufgaben, die Gesellschaft greift den wirtschaftlich schlecht Gestellten kräftig unter die Arme. Das IW schlussfolgert, der Staat verteilt massiv von oben nach unten um, nachdem es die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden ausgewertet hat.

Die Daten stammen allerdings aus dem Jahr 2003. Das liegt daran, dass das Statistische Bundesamt die Stichprobe nur alle fünf Jahre erhebt und die Daten der jüngsten Erhebung aus dem Jahr 2008 laut IW noch nicht vorliegen. Von der Auswertung des Instituts lässt sich dennoch ein Trend ablesen. Für die Vergleichbarkeit wurden sämtliche Pro-Kopf-Größen auf den Bedarf von Singles hochgerechnet. Anschließend wurden die so ermittelten Einkommen gereiht und in zehn gleich große Gruppen eingeteilt. So kann man sehen, welche Verdienstklasse wie viel zur Finanzierung des Sozialstaates beiträgt, welche öffentlichen Leistungen sie enthält, und wie viele Bundesbürger nach dem sozialen Ausgleich noch als arm zu bezeichnen sind.

Das Ergebnis: Die zehn Prozent der Bundesbürger mit dem niedrigsten Durchschnittseinkommen erhalten monatlich 900 Euro mehr vom Staat, als sie in Abgaben leisten. Die mit einem Monatseinkommen von 5.350 Euro zum bestverdienenden Zehntel gehörenden Bundesbürger zahlten dagegen mehr als 2.200 Euro in die öffentlichen Kassen ein. Bereits ab einem Durchschnittsverdienst von brutto 1.500 Euro im Monat führen die Bundesbürger mehr an das Finanzamt und die Sozialversicherungen ab, als sie umgekehrt vom Staat bekommen. Der Saldo aus Geldtransfers und Abgaben beträgt in dieser Einkommensgruppe etwa 200 Euro.

Ein Teil des sozialen Ausgleichs erfolgt zudem auf privater Ebene, etwa durch familiäre Unterhaltszahlungen oder Beihilfen nicht-staatlicher Organisationen wie der Kirchen. Das gemäß seinem Nettoeinkommen (nach staatlichen Abgaben und Transfers) ärmste Zehntel der Bevölkerung erhält auf privatem Weg zusätzlich etwa 160 Euro im Monat, ermittelte das IW. Das einkommensstärkste Zehntel gab durchschnittlich fast 350 Euro ab und reduzierte dadurch sein verfügbares Einkommen um zehn Prozent. Zusammen mit diesen auf privater Ebene geleisteten Transfers bekämpft die staatliche Sozialpolitik wirksam die Armut, betont das IW. Sowohl die staatlichen als auch die privaten Leistungen kommen der Studie zufolge überwiegend den unteren Einkommensschichten zugute und werden von den oberen finanziert.

Laut IW müsste man sich um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft Sorgen machen, gäbe es diese Form von Ausgleich nicht. Die staatliche und private Umverteilung führt dazu, dass nur elf Prozent der Bundesbürger als arm einzustufen sind. Ohne Transfers liegt ein gutes Drittel unterhalb der Schwelle zur relativen Armut. Als arm gilt, wer ein Single-Einkommen von weniger als 835 Euro hat.

Quelle: PKM-Journal

Wegweiser Weimar

Zahnärztinnen lernen Netzwerken

Veranstaltungstipp: Weimarer Forum vom 18. bis 20. September 2009

Ein starker Gesundheitsmarkt braucht starke Köpfe – das trifft auf männliche wie auf weibliche Arbeitskräfte zu. Bisher tragen überwiegend Männer die wirtschaftliche und berufspolitische Verantwortung. Doch die alten Rollenklischees brechen langsam auf. Viele Frauen begeistern sich heute trotz Familie für eine eigene Praxis – besonders in der Zahnmedizin. Im vergangenen Jahr betrug der Anteil an weiblichen Approbationen rund 58 Prozent. Zukünftig wird es also deutlich mehr Zahnärztinnen als Zahnärzte geben.

Das Kompetenznetzwerk ZoRA hat diesen Trend erkannt. Unter der Schirmherrschaft des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) bietet ZoRA vom 18. bis 20. September 2009 ein dreitägiges „Weimarer Forum für Zahnärztinnen“ mit vielen Fachvorträgen, Workshops und Tipps rund um die Organisation von Zahnarztpraxis und Berufsleben an. Gleichzeitig ist es ein vielversprechender Treffpunkt für Frauen und Männer, die in der Gesundheitspolitik etwas bewegen wollen. Herzlich eingeladen sind alle (potenziellen) Netzwerkerinnen - von Studentinnen / Assistentinnen, Existenzgründerinnen bis zur etablierten Zahnärztin und andere Berufsgruppen, die an einem überregionalen und fachübergreifenden Austausch interessiert sind. „Eine rein zahnmedizinisch-fachliche Kompetenz reicht heute nicht mehr aus, um erfolgreich eine eigene Praxis zu führen“, weiß die Initiatorin des Weimarer Forums Dr. Kerstin Blaschke aus Ihrem Berufsalltag zu berichten. Aufgrund der Doppelbelastung benötigen Frauen flexiblere Arbeitsmodelle, die aus der berufspolitischen Sicht immer wichtiger werden.

Weimar als historische Metropole der deutschen Dichter und Denker bietet eine bundesweit gut erreichbare und attraktive Kulisse, um sich fortzubilden und Gleichgesinnte kennenzulernen. Ein zusätzliches Rahmenprogramm - unter anderem ein "Come together" und das "Stern-Event" im Planetarium - rundet das Seminar in den Abendstunden ab. Es ist für die ganze Familie gedacht, Ehepartner und Kinder sind also herzlich willkommen.

Anmelden können Sie sich in der Bundesgeschäftsstelle des FVDZ bei Birgit Kunze, Tel.: 0228/855736, Fax: 0228/8551136, mailto: bk@fvdz.de oder über die Internet-Seite <http://www.zora-netzwerk.de>. Gern buchen wir für Sie aus unserem Zimmerkontingent die entsprechende Übernachtung, Tiefgarage oder einen Shuttle-Service. Die Eintrittspreise für das dreitägige Programm liegen zwischen 170 bis 290 Euro.

Quelle: <http://www.fvdz.de>

Frontzahn-Restauration

Kennen Sie das Problem? Sie sind wieder einmal auf der Suche: War da nicht irgendwann im letzten Jahr ein Artikel in das dental labor erschienen zum Thema xy, der mir jetzt weiterhelfen könnte? Aber in welchem Heft war das genau, und wer hat den Artikel geschrieben?

Abhilfe bei der zeitraubenden Suche bietet die dl-Fachbuchreihe, ein praktisches Sammelwerk von ausgewählten Artikeln zu einem bestimmten Thema. Dieses Nachschlagewerk gibt es für die Themen „Implantatprothetik“, „Vollkeramik“, „Frontzahn-Restauration“ und „CAD/CAM-Technik“. Das vorliegende Buch befasst sich mit dem ästhetisch anspruchsvollen Thema „Frontzahn-Restauration“. Es werden ausgewählte Artikel mit verschiedenen Versorgungsmöglichkeiten präsentiert, die in das dental labor in den Jahrgängen 2004 bis einschließlich 2008 erschienen sind.

Aus dem Inhalt:

- Metallkeramik
- Presstechnik
- CAD/CAM
- Veneers
- Komposit

Über den Verlag:

Die Verlag Neuer Merkur GmbH mit Sitz in München publiziert zahlreiche Fachzeitschriften sowie Fachbücher und agiert seit mittlerweile über 54 Jahren erfolgreich im Markt. Mit der Fachzeitschrift „das dental labor“ bringt der Verlag seit 1953 das wichtigste Informationsmedium für die Zahntechnik-Branche heraus.

„Frontzahn-Restauration“
dental labor-Fachbuchreihe
gebunden, 192 Seiten
ISBN 978-3-937346-58-8
49,90 Euro, <http://www.fachbuch-direkt.de>

Quelle : <http://www.vnmonline.de>

Liebe Leserin, lieber Leser!

Sie gehören zu den interessierten und innovativen Mitmenschen, die sich mit der digitalen Welt angefreundet haben. Genau wie wir vom „med.dent.magazin“.

Wir haben das Experiment gewagt, eine ausschließlich digitale Zahnmediziner-Zeitschrift zu etablieren.

Nach 15 Jahren erfolgreichen Erscheinens und erfreulicher Leserresonanz wechselten wir das Printmedium gegen das Internetmedium aus. Mit vielen Vorteilen für Sie:

Das med.dent.magazin erscheint monatlich.

Das med.dent.magazin ist aktuell.

Das med.dent.magazin ist mit den Autoren, Quellen und Partnern verlinkt.

Bitte geben Sie die <http://www.med-dent-magazin.de> Adresse weiter (dort können sich Interessierte für den ständigen und kostenlosen Bezug einschreiben).

Ich freue mich auf eine weite Verbreitung und ein produktives Networking.

Ihr

Hans-Peter Küchenmeister

I M P R E S S U M

Info:

Sehr geehrte/r Leser/in!

Unser Angebot besteht aus der Zahnmediziner Zeitschrift med.dent.magazin in digitalisierter Form.

Das med.dent.magazin erscheint monatlich im PDF-Format und wird am Monatsanfang per E-Mail versandt.

Um das med.dent.magazin zu abonnieren oder das Abonnement zu kündigen besuchen Sie bitte unsere Web-Site und tragen Sie sich dort auf der Startseite mit ihrer E-Mail-Adresse ein oder aus.

Kontakt:

Redaktion

Hannelore Küchenmeister

Anregungen und Fragen zu Artikeln und redaktionelle Beiträge bitte an:

mailto:postfach@med-dent-magazin.de

Herausgeber

Hans-Peter Küchenmeister
Daldorfer Straße 15
D 24635 Rickling

Tel. +49-(0)4328-722 477

Fax +49-(0)4328-722 478

mailto:postfach@med-dent-magazin.de

web: <http://www.med-dent-magazin.de>

Newsletter

Fragen zum Versand/Abo und Homepage an:

Phillip Kriett

mailto:postfach@med-dent-magazin.de

Archiv/Sonstiges:

Das Archiv befindet sich auf unserer Website. Dort sind die bisherigen Ausgaben zum Download verfügbar.

Den aktuellsten Adobe Acrobat Reader® erhalten Sie hier:



NEU: Sie Suchen zu einem bestimmten Stichwort Artikel in Ihrem med.dent.magazin-Jahrgang?

Die Lösung finden Sie auf unserer Homepage.

Benötigt wird lediglich der Index zu Ihrem med.dent.magazin-Jahrgang und eine Acrobat-Reader-Version, die die „Volltextsuche“ unterstützt. Genaueres auf unserer Homepage!